Morgenausgabe
Nr. 25 / A 13 — 49. Jahrgang

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 3,25 M. (davon 87 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. Postbezug 3,97 M. einschließlich 60 Pf. Postzeitungs- und 72 Pf. Postbestellgeld. Ausländsabonnement 5,65 M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Drucksachenporto 4,65 M.

Der „Vorwärts" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend", Illustrierte Sonntagsbeilage „Volk und Zeit".

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Sonnabend 16. Januar 1932

Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die einspalt. Millimeterzeile 30 Pf. Reklamezeile 2.— M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 20 Pf. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Rabatt lt. Tarif. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Millimeterzeile 25 Pf. Familienanzeigen Millimeterzeile 16 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentäglich von 8½ bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmer Anzeigen vor!

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Dönhoff (A 7) 292—297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postscheckkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3. Dt. B. u. Disc.-Ges., Depositenk., Jerusalemer Str. 65/66.

Für Südtirol!

Reichsbannerkundgebung gegen nationalsozialistischen Verrat.

Diesmal hatte das Reichsbanner eine seiner großen Versammlungen, die es seit kurzem unter der Devise: Wir greifen an! Unser der Staat, unser die Macht! veranstaltet, nach dem Westen in die Spichernsäle gelegt. Auch hier, wie bei allen bisherigen Veranstaltungen, zeigte sich das ungewöhnlich starke Interesse der Bevölkerung. Als die Veranstaltung pünktlich zur festgesetzten Zeit eröffnet wurde, war der große Saal bis hinauf zu den Galerien so gefüllt, daß viele stehen mußten.

Mit dem Brucker-Lager-Marsch, schneidig und flott von dem Reichsbanner-Tambourkorps Tiergarten unter der Leitung des Kameraden Fengler gespielt, wurde die Veranstaltung eröffnet. Kreisleiter Kamerad Holze vom Kreis Tiergarten sprach einige Worte der Eröffnung und Begrüßung. Dann betrat der mit größter Spannung erwartete Gast Pater Innerkofler vom Hilfsbund für Südtirol aus Wien das Podium. Eine Beifallssalve empfing ihn. Freundliche Zurufe grüßten ihn. In eine schlichte schwarze Priesterjoutane gekleidet, steht, freundlich und doch Ernst im klugen Antlitz, der unermüdliche begeisterte Vorkämpfer für das Deutschtum in Südtirol vor den Versammelten.

Drei Worte spricht er nur und hat sofort mit einer humorvollen Bemerkung die Versammlung für sich. Er meint, er habe von der Reise aus dem Süden herauf einen Kapuzinerschlucken mitgebracht, d. h. er sei ein wenig heiser, und die Versammelten mögen das entschuldigen. Dann sofort eine weitere Freundlichkeit, die Frage: Versteht man mich auch gut, und als vielstimmig „Jawohl" zurücktönt, sagt er gemütlich: Dann gehts guat. So ist die Verbindung zwischen Süd und Nord, zwischen Tirol und Berlin sofort hergestellt, und die Versammlung folgt mit größter Aufmerksamkeit den ganz volkstümlich gehaltenen, mit mancherlei charakteristischen Episoden und Anekdoten gewürzten Ausführungen des Priesters. Ausdrücklich erklärt er zu Anfang seiner Rede: Das Leid in Südtirol ist so groß, daß wir keine Zeit haben zu fragen, ob einer schwarz oder rot, marxistisch oder christlich ist. Ich selber gehöre keiner Partei an und will nur von dem Leid meiner Heimat sprechen. Dann ersteht vor den gespannt lauschenden Zuhörern das ferne, schöne, von den Italienern erbeutete Südtirol mit seiner urdeutschen, von dem italienischen Faschismus bis aufs Blut gequälten Bauernbevölkerung in plastischer Deutlichkeit. In ergreifenden Worten bittet er zum Schluß, Südtirol nicht zu vergessen! Brausender, sich immer wiederholender Beifall lohnt ihn. Dann sprach der österreichische Kamerad Dr. Mischler.

*

Pater Innerkofler führte aus: Wenn er als katholischer Geistlicher in einer hochpolitischen Versammlung das Wort ergreife, so täte er es, weil es sich um eine überparteiliche Frage handelt, um die Leiden der deutschen Landsleute im faschistisch regierten Südtirol. Ist ein Kind ins Wasser gefallen, dann müssen alle helfen, die helfen können.

Ihr deutschen Brüder könnt helfen, indem Ihr unsere Leiden verkündet.

Die Italienisierung will die deutsche Sprache unterdrücken. Aber jetzt lernen die Tiroler Buben und Mädels gar nichts, weder deutsch noch italienisch! Tirol, seit 1500 Jahren deutsch, soll um Kultur und Sprache gebracht werden. 1919 freilich haben die Italiener verkündet, daß für sie als freies Volk die Beschuldigung, sie würden die Minderheiten nicht schützen, eine Beleidigung wäre, und das römische Parlament hat verkündet, daß es die Eigenart Südtirols gelten lassen werde, und vor allem seine Schulen nicht auflöse. Auch der König hat sein Wort verpfändet. Dadurch ist die Tiroler Frage auch Angelegenheit des Völkerbundes geworden, und Seipel beging einen Fehler, als er dem Glauben Ausdruck gab, Klagen über die Behandlung Südtirols durch Italien in Genf würden einen unfreundlichen Akt gegen Rom darstellen.

Der Freundschaftspakt, den Bundeskanzler Schober mit Italien schloß, hat der Unterdrückung nicht abgeholfen, sondern nur den Schaden gehabt, daß die deutsche Presse verstummte.

Wir sind enteignet worden, wir sind in Armut und Not gestürzt worden, wir werden durch eine zentralisierte, unserem Volkstum widersprechende Verwaltung unterdrückt, jedes Kalb, jedes Huhn, jedes Ei wird besteuert. Ungeheuerliche Verwaltungsstrafen werden verhängt, Konzessionen werden jählings entzogen, das faschistische Italien verehrt den Gott Nimm, und wenn der Druck unter dem wir seit 1923 stehen, von manchem Deutschen nicht beachtet wird,

wenn sich sogar Deutsche gegen uns wenden (stürmische Pfuirufe), dann ist das für uns bitter. (Pater Innerkofler, der die letzten Worte in leidenschaftlicher Erregung, mit erhobenen Händen sprach, werden stürmische Ovationen gebracht.)

Man raubt uns die deutschen Namen, Bozen ward Bolzano, Meran ward Merano und auf den Friedhöfen mußte der Name Josef durch Giuseppe und Johann durch Giovanni ersetzt werden. (Neue Protestkundgebungen.) Ein freies Bauernvolk verlor seine Rechte, die es nie mißbraucht hatte, und kann es Deutsche geben, die, nachdem, was wir im Weltkrieg erlebten, an ein bündnistreues Italien glauben?

(Zurufe: Nein, nein!) Wir wären Verräter, wenn wir schweigen würden, und wir können nicht fassen, daß Deutsche so herzlos sind, auf unsere Worte nicht zu hören. (Zurufe: Der staatenlose Hitler.)

Pfarrer, Lehrer, Gemeindevorsteher, Bauern wurden ausgewiesen, die Tiroler werden bedrückt und bespitzelt und leben in Sklaverei. Wir haben keinen Haß gegen das italienische Volk, aber wir glauben, daß Italien sich selbst geschändet hat. (Stürmische Zurufe.) Wir sind 230 000 Deutsche. Nehmen Sie eine deutsche Stadt dieser Größe, die fünf Gymnasien, vier Realschulen, zwei Lehrerseminare und 400 Volksbürgerschulen hat. Wir Südtiroler hatten es. Alles ist ausgelöscht, alles ist fort! (Stürmische Erregung.)

Wir vertrauen auf euch, wir bajuvarischen Deutschen, die vielleicht nicht zur nordischen Edelrasse gehören. Kümmert euch um uns, schweigt nicht, vergeßt die 20 000 gefallenen Südtiroler nicht. Wir gehören zusammen, wir wollen zusammen. (Stürmischer, sich immer wiederholender Beifall.)

Kamerad Dr. Mischler stellte in den Mittelpunkt seiner Rede den Beweis, daß nicht die rechtsstehenden Gruppen, sondern die Linke, das Reichsbanner, und die republikanischen Parteien die wahren nationalen Belange vertreten. „Wer sich zu seinem Volk bekennt, ist deutsch. Nicht wer andere Völker haßt, wer sein Volk liebt, ist wahrhaft national. Das schwarzrotgoldene Banner ist das Banner der deutschen Einheit. Und diese Einheit haben wir erlebt, wenn unter diesem Zeichen Reichsdeutsche in Oesterreich, Oesterreicher im Reich waren. Christliche und sozialistische Arbeiter, republikanische Angestellte und Beamte haben gezeigt, daß immer der ärmste Sohn der getreueste war. (Begeisterte Zustimmung.) In Südtirol, im Burgenland, im Sudetendeutschland, in Siebenbürgen haben die Nationalsozialisten immer wieder das Deutschtum verraten. Schießen und Stechen ist nicht deutsch, sondern allenfalls albanisch. Judenpogrome sind nicht deutsch, sondern russisch-zaristisch, Hitler-Anbetung ist nicht deutsch, sondern byzantinisch. **Kommt ins Lager der wahren anständigen Deutschen, kommt zum Reichsbanner, kommt zur Eisernen Front!"** (Immer erneuter, lang anhaltener Beifall!)

Mit dem gemeinsamen Gesang des Reichsbannerliedes schloß die erhebende Kundgebung.

Frick, Hitler und die DAZ.

Ausflüchte statt Klarheit.

Als Antwort auf die Enthüllungen des „Deutschen" über das Komplott der Harzburger zur Präsidentenfrage wird die folgende nationalsozialistische Verlautbarung verbreitet:

Wie die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP. mitteilt, sind die von verschiedenen Blättern verbreiteten Meldungen, daß in den Verhandlungen um die parlamentarische Verlängerung der Amtszeit des Herrn Reichspräsidenten seitens der nationalsozialistischen Parteiführung über die Kandidatenfrage für die verfassungsmäßige Volkswahl verhandelt oder auch nur gesprochen worden sei, völlig unzutreffend. In den Verhandlungen habe nur die Liquidierung der „verfehlten Brüning-Aktion" in einer für die Interessen des deutschen Volkes erträglichen und angemessenen Weise zur Debatte gestanden. Darüber hinaus habe die NSDAP. zur Volkswahl selbst in den Verhandlungen keinerlei Stellung genommen und sich ihre Entschlüsse vorbehalten.

Das Deutsch dieser Verlautbarung ist herzlich schlecht, und der Inhalt ist dunkel. Zielt diese Verlautbarung auch auf Herrn Frick? Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" will folgendes wissen:

„Wie wir von gut unterrichteter nationalsozialistischer Seite erfahren, ist aber auch die zweite Rede Fricks mit der Ankündigung einer Sonderkandidatur von der Parteileitung nicht gebilligt worden. Es empfiehlt sich nicht, an die hier offen zutage tretenden Meinungsverschiedenheiten allzu weitgehende Schlußfolgerungen zu knüpfen; doch kann kein Zweifel herrschen, daß Adolf Hitler sich in dieser Richtung nicht zu übereilten Handlungen drängen lassen will."

Herr Frick redet für die NSDAP., grob, deutlich und gleich zweimal. Die Nazipressestelle macht Ausflüchte und Herr Hitler flüchtet in die „DAZ.".

Sie wollen die Niederlage!

Das Kesseltreiben der „Nationalen".

Brüning rüstet zur Konferenz von Lausanne. Er hat zu ihrer Vorbereitung die deutsche These über die Reparationsfrage mit solcher Schärfe vertreten, daß man in Paris in helle Aufregung geriet, ja, im ersten Schreck meinte, in Deutschland sei schon die Hitlerei ausgebrochen.

In diesem Augenblick fordert die „nationale Opposition" den Rücktritt Brünings.

Hier wiederholt sich, was wir schon dutzendmal erlebt haben. Während die Leute, die Gefühl für Verantwortung haben, harte Arbeit leisten, um Deutschlands Lage zu erleichtern, benutzt eine verantwortungslose Opposition die außenpolitische Situation nur zum Sprungbrett für ihr innerpolitisches Machtstreben. Spaßeshalber nennt sich dann diese Gesellschaft sogar „nationale" Opposition.

Ganz Deutschland will die Endlösung, will die Streichung aller Kriegsschulden, die Befreiung von den Reparationen? Wirklich ganz Deutschland? Oh nein! Den „Nationalen" würde das ganze Geschäft verdorben sein, wenn Brüning mit der „Endlösung" nach Hause käme!

Sie wollen nicht den deutschen Erfolg, sie wollen die deutsche Niederlage. Ja, sie tun alles, um die Niederlage herbeizuführen. Denn auf der einen Seite versuchen sie die Regierung zu einem Vorgehen zu verleiten, das, wie jeder vernünftige Mensch weiß, zur Niederlage führen muß, auf der anderen Seite tun sie alles, um die Stellung der eigenen Regierung im Auslande und dem Auslande gegenüber zu untergraben. Siehe die anmutigen Geständnisse des Herrn Alfred Rosenberg über sein Treiben in London!

Wie stehen denn die Dinge? Deutschland kann nicht zahlen, das weiß jeder Deutsche, jeder Engländer, jeder Franzose, darüber gibt es keinen Streit. Deutschland wird auch nach Ablauf des Hoover-Jahres nicht zahlen können — auch darüber herrscht nur eine Meinung. Deutschland hält es aber für notwendig, jetzt schon ein Einverständnis darüber zu erzielen, daß es auch später nichts mehr zu bezahlen braucht.

Dieses Einverständnis zu erzielen wäre leichter, wenn Amerika seine Schuldner freiließe, denn dann könnten sie ohne Schaden auch als Gläubiger Deutschlands großzügig sein. Aber Amerika läßt einstweilen seine Schuldner nicht frei. Dadurch wird es ihnen schwer gemacht, auf Ansprüche zu verzichten, die recht zweifelhafter Natur sind, die aber später einmal doch wieder einen gewissen Wert bekommen könnten: die Ansprüche an Deutschland.

Wir sagen ihnen: „Laßt euch von uns nichts bezahlen und bezahlt auch nicht!" Das wäre der europäische Schuldnergeneralstreik gegen Amerika. Werden sie sich zu ihm entschließen?

Auf alle Fälle: Die Befreiung Deutschlands vom Young-Plan ist nur mit Zustimmung Frankreichs möglich. Das kann niemand bestreiten, denn wenn Frankreich auf die Ansprüche aus diesem Vertrag nicht verzichtet, dann bleibt alles in Schwebe, dann wird die Wirkung, die von der Streichung der Reparationen erwartet wird, die Sicherung und Belebung der Wirtschaft, nicht erreicht.

Wenn man von der deutschen Regierung verlangt, sie solle ohne Verständigung mit Frankreich die Streichung der Reparationen durchsetzen, so kann man genau so gut von ihr verlangen, sie solle an einer Stange auf den Mond klettern.

Wer von der deutschen Regierung verlangt, sie solle aus Lausanne die Endlösung mitbringen und wer dabei im gleichen Atemzuge die Verständigung mit Frankreich für Landesverrat erklärt, der weiß nicht, was er will. Oder vielleicht, weiß er es doch? Dann will er eben den diplomatischen Mißerfolg, will er die Niederlage der eigenen Regierung, weil er sich von dem Schaden, den Deutschland hat, Nutzen für seine Partei verspricht.

Man erklärt sich mit der Regierung unzufrieden, weil sie sagt, daß Deutschland nicht zahlen kann, und man versichert pathetisch, daß Deutschland auch nicht zahlen wird und daß es nicht zahlen will. Auch solche Versicherungen können — das Vorhandensein eines gesunden Hirnes vorausgesetzt — nur von Leuten abgegeben werden, die der Regierung absichtlich das Verhandeln erschweren wollen. In dem Augenblick, in dem alle Welt zugibt, daß Deutschland nicht zu zahlen braucht, weil es nicht zahlen kann, soll sich die Regierung hinstellen und sagen: „Auch wenn wir zahlen könnten, würden wir nicht zahlen!" Eine deutsche Regierung, die sich aus Dummheit oder Feigheit solchen unsinnigen Forderungen fügt, hoffen wir nicht zu erleben! Wir hoffen auch

nicht die Folgen zu erleben, die eine solche Politik der Provokationen nach sich ziehen würde!

So unsinnig das Verhalten der „nationalen Opposition" in außenpolitischer Beziehung ist, so schlau ist es überlegt als innenpolitischer Plan. Alle Treiber und alle Hunde sind auf dem richtigen Platz, um, wenn es losgeht, das Wild vor den Flintenlauf zu bringen. Man hetzt die Regierung in eine unmögliche Situation, versieht sie mit unmöglichen Ratschlägen, unterwühlt nach Kräften ihre Stellung im Ausland, indem man versichert, sie sei nicht mehr verhandlungsfähig — — und nachdem man alles getan, um die Niederlage herbeizuführen, bereitet man auch alles vor, um über diese Niederlage die Regierung zu stürzen.

Bis dahin muß feste gelogen werden: „Die Sozialdemokratie will die Unterwerfung!" „Die Regierung ist zu schlapp!" Dolchstoßlegenden werden fabriziert am laufenden Band und auf Vorrat. So las man beispielsweise gestern im „Angriff":

Die regierende Sozialdemokratie bildet sogar eine „Eiserne Front" zur Verständigung mit Frankreich, zur Eintreibung der Tribute. Verräterisches Rheinblindlertum von Schwarzen und Roten verpestet die Atmosphäre.

Diese Kreise werden Schuld tragen, wenn die Tributkonferenz keine Befreiung vom Youngplan bringt. Schon heute müssen sie vor dem Volke in Anklagezustand versetzt werden!

Das ist die bolschewistische „Entlarvungsstrategie", ins Nationalistische übersetzt.

Der Reichskanzler Brüning steht vor einer sehr schweren außenpolitischen Aufgabe — vor einer unlösbaren sogar, wenn es ihm nicht gelingt, zunächst das innenpolitische Vorfeld zu bereinigen. Wird der „Frontsoldat", der Mann mit dem „Mut zur Unpopularität", den Mut dazu aufbringen?

Bringt er ihn nicht auf, gelingt es ihm nicht, noch rechtzeitig das Netz zu zerreißen, das um ihn gespannen wird, so wird er darin erwürgt werden. Es geht aber nicht nur um sein eigenes, es geht um das Schicksal des ganzen Volkes. Aufgabe und Pflicht des verantwortlichen Staatsmannes ist, die Nation vor ihrem Verderber zu schützen: dem Nationalismus!

Hitlers englischer Lobredner gegen Deutschland.

London, 15. Januar. (Eigenbericht.)

Die reaktionäre „Daily Mail", die bisher aus ihrer Sympathie für die Hitlerianer nie ein Hehl gemacht hat, hat jetzt eine Kampagne eröffnet, die dartun soll, daß Deutschland die Reparationen nicht nur zahlen könne, sondern im englischen Interesse auch zahlen müsse, da sonst die deutsche Wirtschaft durch die Reparationsentlastung vor der englischen einen gefährlichen Konkurrenzvorsprung gewinnen würde. Das Blatt versteift sich gar zu der für die englische Industrie nicht sehr schmeichelhaften Behauptung, daß der Erlaß der Reparationen die britische Industrie ein für allemal auswischen würde. Als Kronzeuge wird der englische Experte des Baseler Komitees, Sir Walter Layton, herangezogen.

Layton hat in einer Rede festgestellt, daß nach der Streichung der Reparationen und Kriegsschulden die englische, größtenteils während des Krieges angehäufte

Staatsschuld pro Kopf der Bevölkerung etwa das Zehnfache der deutschen und das Dreifache der amerikanischen und französischen Belastung durch die Staatsschulden ausmache.

Diese Feststellung hat aber Sir Walter Layton nicht verhindert, in derselben Rede zu sagen, daß es im höchsten Grade wünschenswert sei, wenn man durch ein gemeinsames Uebereinkommen reinen Tisch mit Reparationen und Kriegsschulden machen würde. Um diesen Teil der Rede kümmert sich die „Daily Mail" nicht. Sie verhält sich, als habe sie schon die viel erörterte Tatsache vergessen, daß gerade die Reparationszahlungen den der englischen Industrie gefährlichen Konkurrenzdruck hervorrufen und als wisse sie nicht, daß Deutschland seine inneren Kriegsschulden, die ursprünglich den englischen um nichts nachstanden, durch den radikalen Prozeß der Inflation, Vernichtung aller Ersparnisse und Proletarisierung ganzer Volksklassen abgeschrieben hat. Ein einfaches Rechenexempel ergibt überdies, daß die deutschen Reparationszahlungen, um dieselbe Belastung pro Kopf der Bevölkerung wie die englische Kriegsschuld zu erreichen, das Vierfache der jetzigen Young-Annuitäten ausmachen müßte.

Im übrigen ist über die Reparationsfrage in England zu melden, daß am Freitag nicht nur Beneduce, der italienische Reparationssachverständige, mit seinem Kollegen die zuständigen englischen Minister sowie Sir Frederic Leith-Roß vom Schatz gesprochen hat. **Ferner hat sich der Nationalökonom Keynes mit der Auffassung der City einverstanden erklärt, daß die Lausanner Konferenz am besten verschoben würde und vorerst nur ein Moratorium bis zum Ende des Jahres vereinbart werden solle.**

Belgien nicht im Schlepptau von Frankreich.

Brüssel, 15. Januar. (Eigenbericht.)

Der Pariser „Temps" enthält in seiner Freitagausgabe einen langen Bericht aus Brüssel, in dem in sehr bestimmter Form, die auf eine offiziöse Quelle schließen läßt, der angebliche Standpunkt der belgischen Regierung in der Reparationsfrage dargestellt wird. Inhaltlich deckt sich dieser angebliche belgische Standpunkt mit dem, was man in der Pariser offiziösen Presse als den Standpunkt der französischen Regierung betrachten müßte.

In dem „Temps"-Artikel wird vor allem behauptet, daß die belgische Regierung keine einseitige Verleugnung des Young-Plans dulden und gegebenenfalls mit anderen Gläubigerstaaten zu Strafmaßnahmen insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiete schreiten würde. Im übrigen will die belgische Regierung nur einem Moratorium von ganz kurzer Dauer zustimmen und namentlich angesichts der Haltung des amerikanischen Kongresses zunächst keine endgültige Lösung zulassen. Zum Schluß kommt der „Temps" zu der Folgerung, daß die allgemeine Streichung nur unter dem Vorbehalt akzeptiert werden könne, daß Belgien und Frankreich für die Herstellung der zerstörten Gebiete noch während einer Reihe von Jahren entschädigt würden.

Dazu erfährt der Korrespondent des „Soz. Pressedienst" in Brüssel von gut unterrichteter Seite, daß die Darstellung des „Temps" in keiner Weise mit der Auffassung der belgischen Regierung übereinstimmt. In Wirklichkeit hat die belgische Regierung zu der Frage überhaupt noch nicht endgültig Stellung genommen. Mit Bestimmtheit wird vielmehr versichert, daß nach der Auffassung der belgischen Regierung zur Stunde gar kein Anlaß vorliegt, sich darüber den Kopf zu zerbrechen, ob und welche Sanktionsmaßnahmen für den Fall zu ergreifen **wären, daß Deutschland seine Reparationsverpflichtungen** durch einen einseitigen Willensakt verleugnet. Nur soviel ist richtig, daß die belgische Regierung bei der anerkannten Gewißheit, daß Deutschland gegenwärtig nicht zahlen kann und die Vereinigten Staaten sich unnachgiebig zeigen könnten, mit großer Sorge die schweren finanziellen Folgen der verschiedenen Möglichkeiten sieht.

So begann das Dritte Reich!

Eine Studie aus Mecklenburgs ersten Amtsvertretersitzungen.

Grevesmühlen, 15. Januar. (Eigenbericht.)

Fast überall fanden in Mecklenburg die ersten Sitzungen der neuen Amtsvertreter statt. Fast überall rückten die von den verschluckten Rechtsparteien dickbäuchigen Nazis als die lautesten in das Amt. Fast überall gelang es ihnen, mit dem kläglichen Rest der Rechten ihr Regiment anzutreten, ihren Willen durchzusetzen. Da es sich allgemein um die gleiche Tagesordnung handelte: Wahl des Amtshauptmannes, seines Vertreters und der Ausschüsse, so mag ein örtliches Bild genügen, um einen Eindruck über die allgemeine Situation zu erhalten.

„Weh euch, Sauer! Weh euch Amtshauptmann Lüben! Die erste Laterne für euch!" Mit diesen Worten führte der Obernazi, Gauleiter Hildebrandt, hier bei uns seinen Wahlkampf, seinen „heiligen Kampf gegen das marxistische Bonzentum und seine korrupte Krippen- und Parteibuchpolitik!"

Jetzt fand, wie überall, auch bei uns die erste Amtsvertretersitzung statt. Die Nazis hatten 5, die Rechte 4 (vorher 7), wir 5 (6) und die Kommunisten 1 (0) Vertreter gesandt. Jetzt sollte die „neue Aera", das „Dritte Reich" beginnen! Deutschland erwache!" hatte man überall tage- und wochenlang geschrien. Sie haben Erfolg gehabt damit — nur nicht in ihrem Sinne!

Der Amtseinwohner hat bei etwas gutem Willen und etwas klarem Verstand überall schon nach der ersten Sitzung erkennen müssen, daß er einem unerhörten und wüsten Schwindel zum Opfer gefallen ist!

Die Wahlen sollten Platz schaffen „für Männer, die aus Kampf und Glauben zusammengeschweißt", wie die Ostpreußische Landwirtschaftskammer (a. D.) sagt, oder wie der Obernazi im Prozeß um die Schande vom Kurfürstendamm sich ausdrückte, für Leute, die man „am aufrechten Gang als unsere erkennt"! Man hätte also mit Recht erwarten müssen, daß von den Nazis fünf Hünen mit klaren blauen Augen, semmelblondem Haar und scharfen Gesichtszügen einen imposanten Einzug gehalten hätten! Aber nichts davon — zwei unter der Wachstumsnorm stehende, der dritte und älteste ein auffallend kleiner dicker behäbiger Herr, der vierte eine lang aufgeschossene auffallend hagere Gestalt mit Augenfäckchen und verschlafenen Gesichtszügen, der fünfte eine zwar kräftige Figur, aber mit auffallend jugendlichen, von keinem Innenleben gezeichneten Gesichtszügen — alles Dutzendware, Ramsch! Und das nach solchem Tamtam! Die meisten von ihnen haben weder Krieg noch Inflation, noch sonst all das Elend einer kapitalistischen Weltordnung bewußt erlebt, da sie noch klein waren damals. Die anderen aber haben auf Grund ihres Milieus weder Sinn noch Verständnis für solche Gedanken— dürfen es auch gar nicht, um nicht Stellung und Beruf zu verlieren! Nur einer ist Arbeiter, und auch dieser gehörte — o Ironie des Schicksals — bislang zu uns!

Und die Einstellung dieser „Elite deutscher Art" zu der in heutiger Zeit, weiß Gott, besonders ernsten Arbeitsstätte, an die sie berufen? Wie sahen sie das Amt, das besonders dort zur unentbehrlichen Einrichtung geworden, wo der kleine und der kleinste, der Aermste der Armen einer verpfuschten Wirtschaft, ja oft sogar einer verpfuschten Persönlichkeit so unbedingt mit Leib und Seele verschrieben, wie auf Mecklenburgs Rittergütern und Bauernstellen? Die heutige Zeit besonders bringt täglich Beispiele der geistigen, seelischen und materiellen Not, denen unsere Volksgenossen hier auf dem Lande oft schutz- und rechtlos preisgegeben!

Wir, sogar meine Fraktionsfreunde mit weit, weit weniger Einkommen als ich und ein großer Teil der Nazis, waren in ihren Sonntagskleidern erschienen, um dem ihnen selbstverständlichen Ernst der Situation und Arbeit schon rein äußerlich Rechnung zu tragen! Die Reiniger und Retter deutschen Wesens aber, diese „Essenz jeder und aller nationalen Ehre und Würde" erscheint zum Teil in ihrer mostrichfarbenen Parteihose oder Kniehose und Wadenstrümpfen. Nur einer, der ältere behäbige Herr Landwirt geht gut gekleidet. Mein Gegenüber kommt dagegen sogar in Kniestiefeln und derartig dreckigen Fingern und Nägeln, daß man, falls überhaupt nach der Sitzung noch Appetit zum Essen geblieben, man sich bemühen muß, sie zu vergessen!

Der „Wortführer" — die anderen vier haben während der ganzen Tagung kein Sterbenswörtlein verlauten lassen — muß sich von uns sagen lassen, ihm erscheine das Amt mit seiner ernsten Arbeit wohl mehr als ein Zirkus, da er andauernd grinse!

Man stelle sich das, bitte, einmal vor: Der verzweifelte Mittelstand hat sie in letzter Minute und letzter Angst gerufen an einen bitterernsten Posten, zu einer bitterernsten Arbeit — sie kommen, als ginge es zum Spargelstechen — — — und grinsen, grinsen, grinsen!

Entsprechend dieser verantwortungslosen Einstellung ist auch ihre ganze Arbeit! Der bisherige Amtshauptmann ist 68 Jahre. Als Jurist steht ihm seit langem ein Regierungsrat zur Seite. Da man doch über kurz und lang eine Neuwahl vorzunehmen hat, falls der bisherige bleibt, ist die gewiesene und verantwortungsvolle Lösung nur die Wahl des eingearbeiteten bisherigen Regierungsrats zum Amtshauptmann. Aber schon darin, daß die Nazis, obwohl dieser Herr bestimmt nicht „marxistisch" angehaucht, einen eigenen Vorschlag machen müssen,

liegt eine derartig verantwortungslose Demagogie und Krippenpolitik, die sogar wir verfluchten Marxisten gegenüber den Amtsinsassen einfach nicht verantworten konnten! So bekamen die Rechten mit unserer Hilfe ihren vernünftigen Vorschlag durch.

Wir wiesen dem Nazi die Tür — ich glaube das einzige Amt in Mecklenburg, wo es geschah! Wir schützten die Wähler vor dem verheerenden Unfug ihrer eigenen Abgeordneten. Wir sparten dem Amt und seinen Steuerzahlern für die sechsjährige Periode rund 36000 Mark. Unser Verantwortungsgefühl war, wie parteiüblich, größer als das Parteiinteresse, denn wirklich liebend gern hätten wir mitgeholfen, den Nazimählern die quittierte Rechnung über ihr Wahlverhalten zu verschaffen!

Aber eine bodenlos taktische Dummheit begingen diese Retter Deutschlands zu unserer Freude doch: sie drängten uns zwar aus jeder Verantwortung restlos heraus, aber sie haben damit ihr größtes Propagandamittel über Bord geworfen, uns für jeden Dod und Deubel, für alles Weltgeschehen verantwortlich zu machen!

Alles mußte fliegen, was nicht Hakenkreuz trug oder nicht in dem kläglichen Rest der Rechten saß, auch wenn die „nationale Gesinnung" noch so fest stand!

Die Rechte stand unter polizeiwidrigster Suggestion der Nazis und mußte mitmachen! Ein Pastor gar, ein bekannter noch, der lange „Ausschuß"-Pulver roch — er mußte dahin! Dafür holte man aus einer entfernten Stadt einen anderen Pastor! Der trug wenigstens das Hakenkreuz und hatte ja somit besonders heftig gegen marxistische Parteibuchpolitik gegeifert!

Mochten auch den eigenen Wählern noch so viele Mehrkosten erwachsen durch den Ersatz hiesiger Ausschußmitglieder durch oft weit entfernt wohnende Parteibuchbonzen mit Hakenkreuz — wozu bekämpft man Bonzentum und Korruption!

Laßt doch das Bürgertum — diesen „stinkenden Misthaufen", wie ein Ober-Obernazi es einmal bezeichnete, für seine Dummheit, Nazi zu wählen, getrost blechen! Eine Liebe ist schon der anderen wert!

Zum stellvertretenden Amtshauptmann wählte man mit Hilfe der Rechten (wir enthielten uns bald jeden Vorschlages und jeder Handlung) einen für dieses Amt viel zu jungen, unerfahrenen, unbekannten, also wirklich ungeeigneten Mann,

aber dafür, was wichtiger, einen Parteibonzen! Tausende von Geschäftsleuten und Mittelständler haben die Nazilliste gewählt. Als ob unter diesen vielen wirklich nicht einer wäre mit Persönlichkeit, Verantwortungsgefühl und Können! Gewiß schon — aber nicht als eingeschriebenes Mitglied! Andere „durfte" man „grundsätzlich" nicht wählen!

Und trotzdem schlug man einmal aber ganz gehörig daneben: Da die Nazis für den Beirat zum Kriegsbeschädigten-Fürsorgeausschuß begreiflicherweise keinen Vorschlag machen konnten, weil ihre Jugend keine Kriegsverletzungen aufzuweisen hat, nennt der Amtshauptmann als Wortführer einige Namen. Einer der Vorgeschlagenen hat einen Sohn in vorderster Linie der Hitler-Bewegung stehen — also ein Name mit Naziklang! Sofort findet seine Wahl statt! Gerne greift man zu! Im Zuhörerraum aber setzt sofort ein furchtbares Brüllen ein! Glocke des „Präsidenten"!

Was war? „Der ist ja eingeschriebenes Mitglied der SPD.!" Verlegenheitspause! — Zu spät — er ist gewählt!

„Nun," meint sich selber tröstend der Naziführer, „was ist denn schon dabei!" — Schon recht — aber warum nicht immer so?! Aber was sollte man machen! Die Vorschläge kamen immer zögernder, die Zahl der verfügbaren Kräfte wurde knapp und knapper! Und in dieser Tatsache liegt für uns das günstige Zeichen: Viele Wähler — wenig gefährliche Mitglieder — viel Geschrei und wenig Wolle: als ob ein Schwein geschossen würde! Das beweist auch der Umstand, daß alle „Vertrauten" vorher nach Schwerin kommen und sich genau auf einen Zettel schreiben mußten, was sie sollten — man traute ihnen von oben nicht!

Man konnte sich am Schlusse der ganzen Tragödie des Eindrucks nicht erwehren, daß all dies Geschehen die vielen blutjungen Mitläufer — andere Nazis sah man nicht — selber enttäuscht hatte. Sie wußten nicht, ob sie lachen oder gar weinen sollten. Möge es bald überall so sein und bleiben! M. Meyer, Amtsvertreter.

Nazi-Enttäuschung in Rostock.

Rostock, 15. Januar.

Die neue Amtsvertreterversammlung des Amtsbezirks Rostock wählte mit den Stimmen der Bürgerlichen und der Sozialdemokraten den bisherigen deutschnationalen Amtshauptmann Ihlefeldt gegen die Nationalsozialisten und Kommunisten wiederum zum Amtshauptmann.

Bei der Wahl der Amtsausschußmitglieder ergab sich in allen Fällen Stimmengleichheit, so daß das Los entscheiden mußte. Es fiel in jedem einzelnen Falle auf einen nationalsozialistischen Kandidaten, so daß sich der gesamte Amtsausschuß nur aus Nationalsozialisten zusammensetzt. Auch in die übrigen Ausschüsse wurden vorwiegend Abgeordnete der Rechten gewählt.

Konflikte, die gelöst werden müssen.

Paris, 15. Januar. (Eigenbericht.)

Den gewissermaßen offiziellen Standpunkt der französischen sozialistischen Partei zu den Erklärungen Brünings in der Reparationsfrage setzt der Abgeordnete Grumbach in der am Sonnabend erscheinenden Nummer der Wochenzeitschrift „Lumière" auseinander.

Grumbach stellt zunächst fest, daß die Mitteilungen der englischen Reuter-Agentur über die Unterredung Brüning-Rumbold, die nach seinen Ermittlungen auf eine Indiskretion zurückzuführen seien und den Reichskanzler selbst in Erstaunen gesetzt haben, in allen Kreisen Frankreichs eine ungeheure Verwunderung, ja sogar Bestürzung hervorgerufen haben, und daß entgegen den Mitteilungen der deutschen Presse „in Frankreich absolute Einstimmigkeit darüber bestanden habe, die dem Reichskanzler zugeschriebene Haltung als unzulässig zu bezeichnen". Dann **geht Grumbach auf das Interview ein, das Brüning nach der Veröffentlichung der Reuter-Meldung hat verbreiten lassen und erklärt** dazu, daß die darin von Brüning gebrauchten Worte sich erheblich von der Formulierung der Reuter-Meldung unterscheiden. Die These des Reichskanzlers sei „Ich kann nicht mehr zahlen" und nicht „Ich will nicht mehr zahlen".

Man könne, so fährt Grumbach fort, über die Zweckmäßigkeit selbst dieser Formel streiten. Auf jeden Fall habe sie nicht denselben Charakter wie das Telegramm des Reuter-Büros. Dieser Zwischenfall könne vielleicht eine heilsame Wirkung haben, denn er werde einem großen Teil des deutschen Volkes, das der Republik, der Demokratie und dem Frieden treu bleibt, gezeigt haben, wie sehr es unrecht haben würde, in der Reparations- und Abrüstungsfrage gewisse übertriebene Formeln des Hitler- und Hugenberg-Nationalismus zu übernehmen. Wie ernst aber auch die Lage und der Rückschlag sein möge, den die Idee der Zusammenarbeit zwischen den Völkern und besonders zwischen Frankreich und Deutschland durch die Erklärungen Brünings erlitten habe, so sei doch noch nichts Unheilbares verloren. Je mehr die von beiden Parteien verteidigten Thesen sich zu widersprechen scheinen, desto mehr seien die verantwortlichen Führer verpflichtet, zu verhindern, daß diese Widersprüche sich in unlösbare Konflikte umwandelten. Wenn man nicht mit nationalistischer Blindheit geschlagen sei, sondern kaltes Blut bewahre und den loyalen Willen **habe, über alle Schwierigkeiten hinweg zu einer Verständigung zu kommen, dann gebe es Lösungen für alles.**

Reichsgericht!

Was man nachgerade schon gewohnt ist.

Leipzig, 15. Januar.

In einer nationalsozialistischen Versammlung zu Bottrop hatte sich im Februar v. J. der Ingenieur Hamacher als Versammlungsleiter mit der Politik des Zentrums auseinandergesetzt. Dabei sagte der Redner, bei der Rheinlandbefreiungsfeier seien für Dienstflaggen 18000 M. aufgewendet worden. „Nur damit man diese Lappen zum Fenster hinaushänge". Wegen dieser Aeußerung erfolgte Strafanzeige.

Das Landgericht Essen setzte sich in seiner Verhandlung am 12. Oktober zunächst mit der Frage auseinander, ob es sich in diesem Falle um ein Hoheitszeichen der Republik handele, das beschimpft wurde, und kam zu dem Ergebnis, daß dies nicht nachzuweisen sei. Selbst wenn man sich aber auf einen anderen Standpunkt stellen wolle, so folgerte die Strafkammer weiter, könnte eine Verurteilung des Angeklagten doch nicht erfolgen, weil der Ausdruck „Lappen" allein noch keine Beschimpfung sei; eine solche Bezeichnung könne höchstens als Herabsetzung gewertet werden. Es erfolgte Freisprechung.

Die hiergegen von der Staatsanwaltschaft beim Reichsgericht eingelegte Revision blieb ohne Erfolg. Der 3. Strafsenat stellte sich entgegen dem Antrage des Reichsanwalts auf den Standpunkt, daß der Angeklagte mit seinen Aeußerungen nicht das vaterländische Symbol, die Reichsflagge als Hoheitszeichen,

sondern rein materiell nur Stock und Tuch gemeint habe.

Durch Verwerfung der Revision bleibt es somit beim Freispruch des Angeklagten.

Im Urteil des Auslands.

Ein Faschist über deutsche Zustände.

Der faschistische Abgeordnete Giarratona schrieb dieser Tage in der „Provincia di Bolzano":

„Die Nationalsozialisten genießen Sympathien bei der Reichswehr und bei den Gerichten".

Man rüstet zur Abrüstung.

Das Reichskabinett bereitet die Konferenz vor.

Amtlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett beschäftigte sich am Freitag mit der bevorstehenden Abrüstungskonferenz. Botschafter Radolny erstattete einen ausführlichen Bericht über den Stand der Vorarbeiten, dem eine eingehende Aussprache folgte.

England schlägt Währungskonferenz vor.

Genf, 15. Januar. (Eigenbericht.)

Im Wirtschaftskomitee des Völkerbundes hat die englische Anregung, die Möglichkeit einer baldigen Finanzkonferenz der Regierungen und Notenbanken zu untersuchen, stärkstes Aufsehen erregt. Zweck dieser Konferenz soll die gemeinsame Stabilisierung aller Währungen sein. Einen entsprechenden Beschluß hat das Wirtschaftskomitee noch nicht gefaßt.

Man nimmt hier an, daß der englische Vorschlag zu dem Zwecke gemacht wurde, die übrigen Währungen dem verringerten Stand des Pfundes anzupassen und ein starkes Moment der Unsicherheit aus der Weltwirtschaft auszuschalten.

Sozialdemokratie und Reparationen.

Breitscheid gegen die „Tägliche Rundschau".

Genosse Breitscheid hat der „Täglichen Rundschau" die folgende Berichtigung geschickt:

Die „Tägliche Rundschau" hat in ihrer Nr. 12 vom 15. Januar 1932 in einem „Intrigen Breitscheids" betitelten Leitartikel eine Reihe von falschen Behauptungen über mich aufgestellt, um deren Berichtigung ich auf Grund des Preßgesetzes ersuche.

1. Unwahr ist, daß ich in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion einen Antrag, der auf eine „scharfe Erklärung gegen die Tribute" hinauslief, bekämpft habe.

Wahr ist vielmehr, daß keine Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion stattgefunden hat, in der das gegenwärtige Stadium der Reparationsfrage erörtert worden wäre.

Unwahr ist, daß es in einer Versammlung zu schweren Zusammenstößen gekommen ist, und daß ich dabei „deutlich ausgesprochen" habe, daß ich nicht für eine Endlösung, sondern für ein Moratorium sei.

Wahr ist, daß es Zusammenstöße irgendwelcher Art niemals gegeben hat.

Wahr ist weiter, daß ich bei Besprechungen, die unter einer Reihe von Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion stattfanden, den Standpunkt, den der Reichskanzler Brüning in seinem WTB.-Interview eingenommen hat, gebilligt und unterstützt habe.

Wahr ist ferner, daß ich für den Fall, daß bei der bevorstehenden Konferenz in Lausanne die von Deutschland geforderte Endlösung nicht erreicht wird, im Einklang mit allen Beteiligten vor einer „Zerreißung des Young-Planes" gewarnt habe.

Hochrufe auf Liebermann und Dubois.

Kundgebung der gesamten Opposition im Sejm für die Opfer von Brest-Litowsk.

Warschau, 15. Januar.

Bei Beginn der heutigen Sejmsitzung kam es zu einer Kundgebung der Opposition. Als die im Brester Prozeß verurteilten sozialistischen Abgeordneten Liebermann und Dubois in den Saal traten, erhob sich die gesamte Opposition der Rechten und der Linken sowie zahlreiche Vertreter der nationalen Minderheiten von ihren Plätzen, um den beiden Verurteilten ihre Sympathie und ihr Mitgefühl zu bezeugen. Rufe wurden laut: „Es leben die Brester Gefangenen!"

Sejmmarschall Switalski gelang es erst nach einigen Minuten, die Ruhe wieder herzustellen, worauf die Sitzung dann ihren Anfang nehmen konnte.

Geheimrat Prof. Dr. Georg Kerschensteiner, der bekannte liberale Pädagoge, ist im 78. Lebensjahre in München verstorben.

Verhinderte Vorstellung.

Theaterdirektor Hitler: „Hochverehrte Herrschaften! Unsere Revue „Köpferollen im Dritten Reich" muß abgesagt werden. Trotz aller unserer Bemühungen geht der eiserne Vorhang nicht hoch."

SA. mit der Pistole.

Abermals ein Ueberfall-Schwindel aufgedeckt. — Wie die Verlustlisten der Hitler-Partei entstehen.

„Todesopfer der roten Mordseuche" — so liest man fast täglich über den Zeitungen der Nazis. Prüft man die dort angegebenen Fälle nach, so stellt sich mit seltener Regelmäßigkeit heraus, daß nicht die „rote Mordseuche", sondern die Bewaffnung der Nazis und ihr Herumfuchteln mit Schußwaffen die Schuld an den Unglücksfällen trägt!

Wir haben vor kurzem festgestellt, daß der SA.-Mann Stelter, der angeblich von Kommunisten angeschossen wurde und dann im Gertraudten-Krankenhaus seinen Verletzung erlag,

von seinem Begleiter, einem Hakenkreuzler, aus Unvorsichtigkeit angeschossen worden ist.

Wir können heute wieder einen ähnlichen Fall aufhellen!

In den frühen Abendstunden des 6. Januar wurde der 22 Jahre alte nationalsozialistische Zeitungsfahrer Walter Fitzke aus der Seestraße in Friedrichshagen unweit des Schanzungsberges in Rahnsdorf mit einem Oberschenkelstecksschuß von Passanten hilflos aufgefunden.

Der Verletzte wurde ins Köpenicker Krankenhaus gebracht. Bei seiner späteren Vernehmung durch Polizeibeamte gab Fitzke an, daß er das Opfer eines kommunistischen Feuerüberfalles geworden sei. Dieser Darstellung begegnete man sofort mit starkem Zweifel, denn nach dem ärztlichen Untersuchungsbefund war der Schuß von oben eingedrungen. Es konnte sich demnach nur um eine Selbstverletzung handeln.

Als der Hakenkreuzler dann ins Gebet genommen wurde,

gestand er, daß er sich die Schußverletzung durch eigene Unvorsichtigkeit beigebracht hatte. F. gab zu, daß er ständig eine geladene Pistole in der Tasche trug.

Die Pistole war in der Tasche losgegangen und hatte ihn verletzt. Die Waffe hatte er nach dem Unglücksfalle einem ihn begleitenden Freund gegeben, der sich damit auf seinem Rade schleunigst entfernte und den Verletzten sich selbst überließ.

Beide Fälle beweisen nicht die Existenz einer „roten Mordseuche", sondern die Tatsache, daß die SA.-Leute gewohnheitsmäßig mit Schußwaffen bewaffnet sind!

Altonaer Nazilokal geschlossen.

Hamburg, 15. Januar. (Eigenbericht.)

In Altona wurde ein Nazilokal durch die Polizeibehörde auf zunächst acht Tage geschlossen. Das Lokal war in letzter Zeit wiederholt der Ausgangspunkt von Ueberfällen auf politische Gegner.

Nazis sprengen Künstler-Versammlung.

Wüste Hetze eines Naziredners.

Breslau, 15. Januar. (Eigenbericht.)

Heute abend sprach in Heidersdorf, Kreis Nimbsch, der Reichstagsabgeordnete Genosse Franz Künstler vor einer Versammlung mit weit über 800 Teilnehmern. In der Versammlung befanden sich zirka 100 Nationalsozialisten, die in der Absicht zu stören, dorthin gekommen waren.

In der Diskussion sprach nach dem Referat von Künstler der Nationalsozialist Krause aus Reichenbach. Er verleumdete die Führer der Sozialdemokratischen Partei. Er kündigte an, daß bald 10 000 sozialdemokratische Funktionäre aufgehängt würden. Severing sei ein großer Verräter und Betrüger. Er kam dann auf den aus dem Amt geschiedenen sozialdemokratischen Landrat Genossen Seibold zu sprechen, den er ironisch als den sauberen Genossen Seibold bezeichnete.

Bei dieser Gelegenheit gerieten die Anwesenden in Aufregung. Der Diskussionsredner wurde zur Ordnung gerufen. Er hetzte dennoch weiter und behauptete, daß die Sozialdemokraten von Goldschmidt über 300 000 M. erhalten hätten. Er wurde daraufhin am Weiterreden gehindert und es entstand ein allgemeiner Tumult. Bei dem Zusammenstoß gab es einige Verletzte. Die Polizei löste dann die Versammlung auf.

Die Schuld liegt auf seiten der Nationalsozialisten, die in Nachbarlokalen eine Truppe von etwa 80 bis 100 Mann in Reserve gehalten hatten.

KPD.-Redner als Einbrecherführer.

In Essen verhaftet.

Essen, 15. Januar. (Eigenbericht.)

Der Polizei gelang es, eine Terrorgruppe auszuheben, die unter der Führung des berüchtigten früheren Zellenobmanns der Nazis und jetzigen kommunistischen Wanderredners Hilmar Bach seit langer Zeit zahlreiche Einbrüche verübt hat. 13 Mitglieder der Bande wurden festgenommen, drei konnten sich der Verhaftung durch die Flucht entziehen. Es steht fest, daß auf das Konto der Einbrechergesellschaft etwa 30 nächtliche Besuche in Konsumanstalten zu buchen sind. Offenbar sind der Bande auch zahlreiche, in letzter Zeit und früher vorgekommene Terrorakte zur Last zu legen.

Die Entwicklung des Führers der Einbrecherkolonne vom Nazizellenobmann über den kommunistischen Wanderredner zum gemeinen Verbrecher ist charakteristisch für den Rechts- und Linksradikalismus von heute.

Kommunale Finanzfragen.

Verhandlungen mit dem Reichsfinanzministerium.

Verhandlungen zwischen dem Reichsfinanzministerium und Vertretern der Städte über die Finanzierung der kommunalen Wohlfahrtslasten haben in den letzten Tagen zu zahlreichen Gerüchten über neue steuerpolitische Maßnahmen geführt. Es ist neuerdings von der Erhöhung der Umsatzsteuer, von neuen Gehaltskürzungen und ähnlichen Maßnahmen die Rede. Dabei handelt es sich jedoch, wie ausdrücklich hervorgehoben werden muß, in erster Linie um Wünsche der interessierten Kreise. Tatsächlich ist die Situation die, daß das Reich keineswegs nicht gewillt und nicht in der Lage ist, den Gemeinden über den ihnen bereits zur Verfügung gestellten Betrag von 230 Millionen hinaus die Wohlfahrtslasten abzunehmen. Ebensowenig kommt in diesem Prozeß eine Erhöhung der Umsatzsteuer oder gar ein Abbau der Biersteuer bzw. anderer Steuern in Frage.

Schlägereien in Berlin.

In Steglitz und Pankow.

Die Nationalsozialisten hatten zu gestern abend 15 Erwerbslosenversammlungen einberufen. In mehreren davon kam es zu schweren Schlägereien. Besonders wüst ging es in Albrechtshof in Steglitz zu, wo man mit Stuhlbeinen aufeinander losging. Aehnliche Szenen spielten sich in Pankow, Berliner Straße 102, ab. Mehrere Personen wurden verletzt, 20 festgenommen.

Reichskanzler Dr. Brüning hat an Briand anläßlich seines Ausscheidens aus dem Außenministerium ein Telegramm gesandt, in dem er der Zusammenarbeit während des letzten Jahres gedachte und die besten Wünsche für die vollkommene Wiederherstellung der Arbeitskraft Briands übermittelte. Briand erwiderte die Wünsche des Reichskanzlers in einem freundschaftlich gehaltenen Antworttelegramm.

„Rote Fahne" verboten. Für drei Tage ist die „Rote Fahne" wegen eines Aufsatzes über den Spartakusaufstand vom Januar 1919 verboten worden.

Protest der Gewerkschaften.

Gegen die Verschleppung der Arbeitszeitverkürzung.

Der Reichsarbeitsminister hat die Arbeitszeitverkürzung, nachdem sich die Arbeitgeber — wie zu erwarten war — bockbeinig zeigten, auf die lange Bank geschoben.

Er hält zwar vom Gesichtspunkt der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aus eine Verkürzung der Arbeitszeit „nach wie vor für dringend erwünscht", aber praktisch tut er zunächst einmal für die Arbeitszeitverkürzung auch „dort, wo es technisch möglich und wirtschaftlich tragbar" ist, so viel wie nichts. „Wann die Arbeiten für eine behördliche Arbeitszeitverkürzung wieder aufgenommen werden, wird" — so erklärt der Reichsarbeitsminister — „von den Auswirkungen der Notverordnung, insbesondere hinsichtlich der Preisgestaltung und von der weiteren Gestaltung des Arbeitsmarkts abhängen."

Die Gewerkschaften sind von dieser Haltung des Reichsarbeitsministers recht wenig erbaut. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat daher jetzt gegen die Stellungnahme des Reichsarbeitsministeriums durch folgenden, an den Reichsarbeitsminister gerichteten, Brief Verwahrung eingelegt:

„Mit starkem Befremden hat der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Kenntnis genommen von der im Schreiben des Herrn Reichsarbeitsministers an die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände ausgesprochenen Absicht, von der der Reichsregierung durch die Notverordnung vom 5. Juni 1931 gegebenen Vollmacht, die gesetzliche Höchstarbeitszeit für einzelne Berufsgruppen herabzusetzen, zunächst keinen Gebrauch zu machen.

Wir können die Begründung dieser Stellungnahme nicht anerkennen. Die Gestaltung des Arbeitsmarkts, das immer weitere Steigen der Arbeitslosigkeit und die Gewißheit, daß noch für im Augenblick unabsehbar lange Zeit mit einer Massenarbeitslosigkeit gerechnet werden muß, macht im Gegenteil die beschleunigte systematische Verkürzung der gesetzlichen Höchstarbeitszeit zu einer zwingenden Notwendigkeit.

Die Tatsache, daß neben den starken kulturellen Störungen der Wirtschaft die stürmische technische und betriebswirtschaftliche Rationalisierung in allen Berufen eine der Ursachen der Massenarbeitslosigkeit ist, ist unbestritten. Damit wird die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit immer mehr zu einer der wesentlichen Voraussetzungen einer systematischen Bekämpfung der aus der Verschiebung der strukturellen Grundlagen unserer Wirtschaftsführung sich ergebenden Arbeitslosigkeit.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes fordert daher, daß die Reichsregierung von der ihr durch die Notverordnung vom 5. Juni 1931 gegebenen und ohnehin ungenügend weitgehenden Vollmacht ungesäumt in weitestem Umfange Gebrauch macht und sofort, soweit die Verordnung solches irgendwie zuläßt, die gesetzliche Höchstarbeitszeit auf wöchentlich 40 Stunden herabsetzt."

Seit dem Erlaß der vom Vorstand des ADGB. erwähnten Notverordnung sind fast 8 Monate ins Land gegangen, ohne daß zur Lösung der Frage der Arbeitszeitverkürzung von der Regierung etwas Ernsthaftes unternommen wurde. Nach dem Scheitern des Versuchs, im Weg freiwilliger Vereinbarungen mit den Arbeitgebern einen Schritt weiter zu kommen, hat der Reichsarbeitsminister wiederholt versichert, daß nunmehr Ernst gemacht werde, für einzelne Berufe die gesetzliche Herabsetzung der Arbeitszeit durchzuführen.

Da aber die Arbeitgeber von neuem Schwierigkeiten machten, blieb es bei den Versprechungen. Die Haltung des Ministeriums ist unbegreiflich, und die Haltung der Arbeitgeber in einer so brennenden und lebenswichtigen Frage, wie sie die Arbeitszeitverkürzung darstellt, ist eine Schande.

Die Zahl der Arbeitslosen überschreitet die 6-Millionen-Grenze, die Arbeitszeitverkürzung schiebt man aber auf die lange Bank. Die Entlassungen nehmen zu, Neueinstellungen erfolgen nur wenige, weil jeder stärkere Arbeitsanfall durch Erhöhung der Arbeitsstunden der Belegschaft, die ja meist in Kurzarbeit steht, bewältigt wird. Gewiß kann heute angesichts der starken Kurzarbeit eine generelle Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden nicht mehr so starke arbeitsmarktpolitische Auswirkungen haben wie zu der Zeit, wo die Gewerkschaften die Forderung nach Einführung der 40-Stunden-Woche aufstellten. Deswegen braucht man aber auf die 40-Stunden-Woche nicht gleich zu verzichten. „Noch immer", so betont die „Gewerkschaftszeitung", das Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, „kann gerade die Verkürzung der Arbeitszeit ein Mittel sein, einer großen Zahl von Arbeitslosen wieder Lebensmut zu geben. Es ist unverständlich, daß sich das Arbeitsministerium resp. die Reichsregierung immer noch gegen einen Schritt sträuben, der infolge der strukturellen Wandlungen unseres Arbeitsapparates eine zwingende Voraussetzung für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist."

Wie lange noch, Herr Reichsarbeitsminister?

In Genf für Fünftagewoche.

Und in Berlin?

Genf, 15. Januar.

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hat mit 15 gegen 3 Stimmen eine Entschließung angenommen, in der allgemeine Richtlinien für die Bekämpfung der internationalen Arbeitslosigkeit festgelegt werden. Es werden folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

Aufhebung der Ueberstunden, die nur in Ausnahmefällen in einem Mindestrahmen zulässig sein sollen;

Herabsetzung der individuellen Arbeitszeit in den beschäftigten Industrien anstatt Arbeiterentlassungen;

Herabsetzung der individuellen Arbeitszeit in den normal beschäftigten Betrieben zwecks Einstellung von Arbeitslosen;

Falls möglich, Herabsetzung der Arbeitszeit auf die Fünf-Tage- und 40-Stunden-Woche.

Bemerkenswert ist, daß der deutsche Regierungsvertreter für diese Entschließung gestimmt hat. Die Reichsregierung ist also in Genf für die Fünf-Tage-Woche. Und in Berlin?...

Gegen Not und Diktatur.

Eisenbahner in der Eisernen Front.

Der Einheitsverband der Eisenbahner hatte zu gestern abend im ganzen Reichsgebiet mehrere hundert öffentliche Eisenbahnerversammlungen einberufen mit dem einheitlichen Thema: „Im Kampf gegen Not und Diktatur." In Berlin fanden zu gleichen Stunde drei öffentliche Eisenbahnerversammlungen statt. In Kliems Festsälen sprach der Bezirksleiter der freigewerkschaftlich organisierten Eisenbahner im Reichsbahndirektionsbezirk Halle, Landtagsabgeordneter Genosse Möller, zu den Neukölner Eisenbahnern.

In seiner einleitenden Kennzeichnung der augenblicklichen innen- und außenpolitischen Lage unterzog der Referent besonders die aktuellste außenpolitische Frage, das Reparationsproblem, einer kritischen Betrachtung. Gerade die deutschen Eisenbahner leiden unter dem Druck der Reparationslasten, die auf der Reichsbahn liegen, außerordentlich schwer, so daß sie in erster Linie berechtigt sind, eine vernünftige Regelung des Reparationsproblems zu fordern. Die deutschen Eisenbahner wissen aber auch, daß die Liquidierung der Reparationen untrennbar verbunden ist mit der Lösung der europäischen und internationalen Kriegsschuldenfrage, was wiederum nur durch die internationale Verständigung möglich ist. Mit packenden Worten ließ der Referent die politischen Ereignisse Revue passieren, die sich in Deutschland seit dem Sturz des Kabinetts Hermann Müller zugetragen haben. Diese Ereignisse müßten eigentlich der Arbeiterschaft die Erkenntnis beigebracht haben, daß es endlich an der Zeit ist, den Bruderkampf in den eigenen Reihen einzustellen und gegen den gemeinsamen Feind, die im kapitalistischen Solde stehenden Nationalsozialisten, anzukämpfen, die die in Jahrzehnten erkämpften Errungenschaften der deutschen Arbeiterschaft in ein Meer von Blut und Elend ersäufen wollen.

Eine Schande für die deutsche Arbeiterbewegung ist es, daß die KPD. den Kampf gegen den Faschismus nicht als die vordringlichste Aufgabe betrachtet, sondern in der Sozialdemokratie den Hauptfeind sieht. Die Höllenarbeit der Faschisten in Italien wird von Trotzki in seiner Broschüre „Soll der Faschismus wirklich siegen?" — in klarer Erkenntnis der kommenden Dinge als blasses und humanes Experiment bezeichnet gegenüber der Arbeit, die der deutsche Nationalsozialismus nach seiner Machtergreifung leisten würde.

Ein RGO.-Anhänger versuchte in der Diskussion mit abgedroschenen kommunistischen Wahlparolen die Versammlung zu langweilen. Er fühlte sich sichtlich erleichtert, als seine Redezeit abgelaufen und zugleich auch sein Repertoire erschöpft war.

Musikersäle überfüllt.

Einen glänzenden Verlauf nahm die überfüllte Versammlung in den Musikerfestsälen. Mendel-Hamburg referierte. Obwohl eine kleine Gruppe von Kommunisten zu „meckern" versuchten, waren die Versammelten, in dem Bewußtsein der Schwere des Augenblicks, von entschlossenem Kampfgeist erfüllt, um alle Kräfte einzusetzen gegen den Faschismus. Mit einem einmütigen und begeisterten Hoch auf die Eiserne Front schloß die imposante Kundgebung.

Heute finden noch zwei öffentliche Versammlungen der Eisenbahner in Köpenick und in Tegel statt, auf die wir besonders hinweisen.

Unberechtigter Rentendruck.

Reichsversicherungsamt und Landarbeiter.

Das Reichsversicherungsamt hat in einem Schreiben an die Vorsitzenden der Oberversicherungsämter verfügt, daß mit Wirkung vom 1. Januar 1932 ab eine Neufestsetzung der durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienste der Land- und Forstarbeiter vorzunehmen ist als Berechnungsgrundlage für Unfallrenten. Soweit bereits eine Zwischenfestsetzung auf Grund einer Anordnung des Reichsversicherungsamtes vorgenommen wurde, soll sie, so heißt es in der Verfügung weiter, im Hinblick auf die Bestimmungen der neuen Notverordnung nachgeprüft werden.

Fünf landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften haben der Anweisung des Reichsversicherungsamtes bereits Rechnung getragen. Die Form, in der es geschehen ist, fordert zu stärkstem Widerspruch heraus. Die bisherigen durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienste sind weiter gesenkt worden. Der Tariflohn eines landwirtschaftlichen Deputatarbeiters in Schleswig-Holstein z. B. beträgt ohne Pferdepflegezulage und ohne Erntezulage, die den Lohn nicht unbedeutend erhöhen, 1152 M. Am 30. November 1931 wurde der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst aber mit Wirkung vom 1. Januar 1932 von 1302 M. auf 1110 M. herabgesetzt. In Braunschweig erfolgte eine Herabsetzung des durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienstes für männliche Arbeiter über 20 Jahre, und zwar ebenfalls mit Wirkung vom 1. Januar 1932, von 1095 M. auf 960 M. Der Tariflohn beträgt jedoch 1210 M. ohne Sondervergütung. Für die Forstarbeiter ist ein durchschnittlicher Jahresarbeitsverdienst von 1200 M. vorgesehen, während der wirkliche Verdienst zirka 1400 M. beträgt.

Für einen voll Erwerbsunfähigen werden nur zwei Drittel des durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienstes angerechnet. Die Land- und Forstarbeiter erwarten deshalb, daß das Reichsversicherungsamt seine Verfügung zurücknimmt und die Oberversicherungsämter endlich anweist, keine Festsetzung zu genehmigen, die sich unter dem wirklichen Verdienst bewegt.

Ein erfolgreicher Streik.

Im Baugewerbe wollten die Unternehmer der Bezirke Potsdam, Rommwes, Kaputh, Michendorf und Saarmund, wo die Lohn- und Arbeitsbedingungen seit Jahren durch den Bezirkstarifvertrag Groß-Berlin geregelt wurden, diesmal selbstherrlich den Arbeitern durch Zirkular ihre Lohnabbaumaßnahmen diktieren. Der Facharbeiter sollte um 23 Pfennig und der Hilfsarbeiter um 27 Pfennig billiger arbeiten. Nach einem sieben Wochen lang musterhaft geführten Abwehrkampf kam es zu einem Schiedsspruch, monach für die strittigen Vertragsgebiete die Berliner Lohnsätze zu gelten haben. Der Abwehrstreik ist damit erfolgreich zugunsten der Arbeiter beendet worden.

Ein abgebrochener Sieg.

Aber Dahlem hält ununterbrochen Reden.

Die sogenannte Streikleitung der Rotationshilfsarbeiter und Falzer von Ullstein teilt mit, daß ihr Streik abgebrochen ist. Dagegen werde Franz Dahlem, der Leiter der RGO. Deutschlands, am Sonntag vor den graphischen Arbeitern in den Schlaraffia- (natürlich!) Sälen eine Rede halten, um den abgebrochenen Sieg zu feiern.

Vielleicht erwähnt der General Bum Bum der RGO. auch, daß die führenden RGO.-Leute von Ullstein im warmen Nest sitzen blieben und die Hilfsarbeiter in den Nesseln sitzen ließen; daß der „uralte Stereotypeur" Pärschke und kommunistische Arbeiterrat sich die größte Mühe gab, den Streik abzuwürgen; daß der kommunistische Arbeiterratsvorsitzende Meyer erst im Betrieb erschien, als die Hilfsarbeiter schon draußen waren, um der Betriebsleitung die Loyalitätserklärung abzugeben, er sei nur gekommen, um den Betrieb vor Erschütterungen zu bewahren; daß Frau Lehfeld, kommunistisches Ergänzungsmitglied im Arbeiterrat, sich nicht muckste und treu und brav weitermurkst; daß Birdel, der Streikmacher, von der Firma geradezu gewaltsam seinen getreuen Streikenden nachgeschickt werden mußte; daß die gesamte RGO. bei Ullstein, statt mit vollen Backen in den Streik zu treten, mit vollen Hosen im Betrieb sitzen blieb.

Wenn die RGO. führt.

Die Gewerkschaft muß den Karren wieder flott machen.

In der Berliner Holzindustrie hat die RGO. wieder einmal ein Beispiel ihrer Stümperhaftigkeit geliefert. Seit geraumer Zeit schon hat sie die Belegschaft der Firma Hecht & Co. in der Fruchtstraße „bearbeitet". Als die Firma entsprechend der Anweisung der Unternehmerorganisation den Abbau der Facharbeiterlöhne auf 1,03 M. diktieren wollte, trat die Belegschaft am 5. Januar in den Streik. Von den 116 Beschäftigten waren 44 freigewerkschaftlich organisiert.

Als nach einer Woche Streik „unter der Führung der RGO." der Erfolg auf sich warten ließ, nahm ein Vertreter des Holzarbeiter-Verbandes im Auftrage der Verbandsmitglieder Verhandlungen mit der Firma auf, die auch zu einem Ergebnis führten. Ueber die Annahme oder Ablehnung dieses Verhandlungsergebnisses sollte die Belegschaft in einer Versammlung entscheiden. Das ging den betriebsfremden RGO.-Strategen gegen den Strich. In der Betriebsversammlung verlangte der RGO.-Versammlungsleiter, unterstützt von 15 Betriebsfremden, daß der Vertreter des Holzarbeiter-Verbandes nur den Verhandlungsbericht geben und sich jeder Meinungsäußerung dazu enthalten solle.

Als sich der Organisationsvertreter diesem Maulkorbzwang nicht unterwarf, übte die RGO. erst einmal ihre Kunst des Antragstellens. Endlich verständigte man sich dahin, daß sich an der Aussprache über den Bericht des Organisationsvertreters nur Betriebsangehörige beteiligen und nur diese die Entscheidung darüber treffen dürfen. Trotz dieses Beschlusses gab der kommunistische Versammlungsleiter aber einem betriebsfremden RGO.-Redner das Wort, der die Gewerkschaften in der gemeinsten Weise herunterriß und eine Abstimmung zu vereiteln suchte. Als trotzdem die geheime Abstimmung beschlossen wurde und schon die Stimmzettel ausgegeben waren, schloß der Versammlungsleiter kurzerhand die Versammlung.

Gegen diese gewaltsame Unterdrückung revoltierten selbst die RGO.-Anhänger. In einem anderen Lokal wurde die Versammlung fortgesetzt und das Verhandlungsergebnis gegen wenige Stimmen angenommen. Die Versammlung war auch mit dem Vorschlag der Firma einverstanden, daß 70 Mann der Belegschaft am nächsten Morgen um 8 Uhr wieder anfangen sollen, der Rest nach und nach wieder eingestellt wird. Am nächsten Morgen, bereits um 7 Uhr, drängten sich aber die radikalen RGO.-Leute vor dem Betriebseingang, um ihren Arbeitsplatz wieder zu bekommen. Mit solchen beschämenden Szenen endete dieser glorreiche RGO.-Streik.

Nazikommunismus.

Militärmärsche mit Streikparole.

Die Firma Stilke galt bis vor kurzem noch als eine Hochburg der RGO. In den Betriebsversammlungen wurde an den freien Gewerkschaften kein gutes Haar gelassen. Wenig „revolutionär" verlief jedoch die Betriebsversammlung in dieser Woche, die zu dem Lohnabbau auf Grund der 4. Notverordnung Stellung nahm. Die Versammlung wurde eingeleitet durch Militärmärsche, die von nationalsozialistischen Betriebsangehörigen mit einem Kofferapparat zu Gehör gebracht wurden. Danach eröffnete der kommunistische Arbeiterratsvorsitzende die Versammlung, in der die Nazis den Kommunisten den Rang abzulaufen versuchten, indem sie einen Antrag einbrachten, gegen diesen Lohnabbau zu streiken.

Die RGO.-Anhänger waren aber nicht so „revolutionär" wie die Nazis. Sie beantragten, daß die „reformistischen" Gewerkschaftsvertreter mit der Firma wegen des Lohnabbaues nochmals verhandeln sollten. Dem Gewerkschaftsvertreter, der die Nutzlosigkeit dieses Antrages an der Rechtslage nachwies, gelang es aber, die Harmonie beider Gruppen wieder herzustellen. Die Versammlung beauftragte schließlich den Arbeiterrat, die Verhandlungen in dieser Richtung mit der Firmenleitung zu führen. Wie wir weiter erfahren, wird die RGO. in der nächsten Betriebsversammlung, in der über das Ergebnis dieser Verhandlungen durch die „roten" Arbeiterräte berichtet werden soll, ihrerseits die Versammlung mit dem Chopinschen Trauermarsch eröffnen.

Achtung, Borsig-Arbeiter! Kurzarbeiterunterstützung ist umgehend in der Arbeitsannahme in Empfang zu nehmen.

Der Betriebsrat.

Achtung, Buchdrucker! Der 11. Bezirk (Nachtarbeiter) hält seine Versammlung am Sonntag im „Dresdener Garten", Dresdener Str. 45, ab. Der 2. Verbandsvorsitzende Kollege Richard Barth hat das Referat übernommen. Bei genügender Teilnahme nach Schluß der Versammlung gemeinsame Fahrt zur „Typographia"-Veranstaltung.

Die Bezirksleitung.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: Dr. John Schikowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.
Hierzu 2 Beilagen.

Der Gelehrte als Falschmünzer.

Falschmünzerwerkstatt entdeckt. – 32000 Falschstücke angehalten.

Unter dem dringenden Verdacht falsche Zweimarkstücke hergestellt und verausgabt zu haben, ist der bekannte Jurist Dr. Cornell Salaban und seine Frau Martha, die in der Potsdamer Str. 61 zu Lichterfelde wohnen, verhaftet worden. Nach anfänglichem Leugnen legten sie ein Geständnis ab. Beide sind dem Untersuchungsrichter vorgeführt worden.

Seit dem Jahre 1929 tauchten an den verschiedensten Stellen Deutschlands, hauptsächlich aber in Berlin, falsche Zweimarkstücke auf. Diese Stücke waren den Fälschern selten gut gelungen. Sie hatten einen kleinen „Schönheitsfehler", der aber nur den Fachleuten auffiel. Die Stücke waren etwas gewölbt. Bei der Falschgeldzentrale, bei der jedes auftauchende falsche Stück registriert wird, konnte man feststellen, daß dieser Falschmünzer **über 32 000 Stück in den Verkehr gebracht hatte.** Man hatte also die „Arbeit" eines Mannes vor sich, der nicht nur über ein großes technisches Können verfügte, sondern auch mit ungewöhnlichem Geschick es verstand, diese Falschstücke in den Verkehr zu bringen.

Die ersten Spuren.

Auf den verschiedenen Wochenmärkten im Westen der Stadt betrieb ein Obst- und Gemüsehändler sein Geschäft. Mal erschien er auf dem Rudolf-Wilde-Platz in Schöneberg, mal auf dem Lehniner Platz in Halensee, mal auf dem Emser Platz in Wilmersdorf oder dem Wochenmarkt in der Rheinstraße. Verschiedentlich hatte er schon falsche Zweimarkstücke bekommen. Vorsichtig beobachtete er die Einkaufenden und schließlich war er seiner Sache vollkommen sicher. Eine mittelgroße, etwas beleibte Frau hatte bei ihm zwei Apfelsinen gekauft und mit einem falschen Zweimarkstück bezahlt. Er sah, wie sie sich dann mit einem etwas größeren schlanken Manne traf. Heimlich benachrichtigte er die Falschgeldzentralstelle, und Kriminalkommissar von Liebermann und Dr. Schulze erschienen in den nächsten Tagen mit mehreren Beamten auf den Wochenmärkten, um die Vertreiber dieser Falschgeldstücke zu beobachten. Da die Leute sehr genau beschrieben waren, fanden die Beamten die Gesuchten bald heraus. Der Mann und die Frau, die eine Handtasche und ein Marktnetz bei sich trugen, waren sehr einfach gekleidet. Nachdem sie etwa eine Stunde den Markt beobachtet hatten, fingen sie an einzukaufen. Die Frau ging die Stände entlang, kaufte hier und dort eine Kleinigkeit, dann begegneten sie sich wieder und der Mann steckte ihr heimlich neues Falschgeld zu. Hin und wieder kaufte der Mann auch etwas ein. Die Beamten konnten feststellen, daß die Frau 39 Falschstücke in Zahlung gegeben hatte.

Zehnmal hatte sie für 10 Pf. Suppengrün gekauft und jedesmal ein Zweimarkstück gewechselt.

Getrennt verließen sie den Markt und trafen sich — immer verfolgt von den Kriminalbeamten — einige Straßenzüge weiter. Hier bestiegen sie vor den erstaunten Augen der Beamten, die so etwas nicht erwartet hatten, eine elegante Horch-Limousine und fuhren davon. Die Ueberraschung war natürlich so groß, daß sie den Leuten nicht folgen konnten. Wohlweislich hatten sie sich aber die Nummer des Wagens notiert. Der Wagen gehörte dem Dr. jur. Cornell Salaban, der in der Potsdamer Straße 61 zu Lichterfelde eine zweistöckige Villa bewohnte.

Doktor Salaban

ist der Herausgeber des „Handbuches für internationales Recht". Sein Name hat unter den Juristen einen guten Klang. Seit etwa 1923 war er in Berlin ansässig und betrieb früher ein großes Chemikalien-Engrosgeschäft in der Ritterstraße. Die Villa in Lichterfelde hatte er vor etwa einem Jahre gemietet. Es ist ein zweistöckiges Haus mit einer kleinen Veranda und anschließendem großen Garten.

Um völlig sicher zu gehen, wurde der Marktplatz auf dem Emserplatz in Wilmersdorf von den Kriminalbeamten erneut beobachtet. Wieder erschien das Paar und machte seine Einkäufe. Nachdem es etwa sieben Stücke ausgegeben hatte, wurden

Mann und Frau verhaftet.

Einer hatte aber von der Verhaftung des anderen nichts gesehen. Getrennt wurden sie in Taxen nach der Alten Leipziger Straße gebracht und Verhören unterzogen. Die Frau bestritt jede Verausgabung von Falschgeld und wollte von nichts wissen. Bei dem Manne wurden 59 Falschstücke gefunden, die er natürlich von Unbekannten erhalten haben wollte. Im Anschluß an ihre Vernehmung wurde sofort die Villa in der Potsdamer Straße durchsucht. **In einem verschlossenen Kellerraum konnte schließlich die Werkstatt des Fälschers entdeckt werden.** Der gewöhnliche Hauskeller, der natürlich auch mit einem Sicherheitsschloß versehen war, bot zunächst durchaus nichts Verdächtiges. An der einen Seite stand ein über 2 Meter hohes und 1½ Meter breites Regal mit fester Rückwand. In dem Regal waren die Bücher des Juristen aufgestapelt. Als man das Regal fortrückte, entdeckten die Beamten eine Geheimtür. Sie führte in einen etwa drei mal vier Meter großen, tapezierten Raum, in dem nur ein altes Bett stand.

Das Fälscherarsenal unter dem Bett.

Als das Bett zur Seite geschoben wurde, entdeckte man einen Prägestock und anderes Material. Salaban war jetzt überführt. Das ganze Material wurde beschlagnahmt und auf der Zentralstelle sichergestellt. Es war alles vorhanden, was zur Herstellung von Hartgeld notwendig war. Von der Presse bis zur kleinsten Feile und dem Raspel.

Salaban unterhielt in seinem Haushalte drei Angestellte. Eine Köchin, einen Gärtner und einen Chauffeur. Keiner wohnte im Hause. Abends, wenn die Angestellten fortgingen, stiegen die Eheleute in den Keller hinab und gingen an die Arbeit. Keinem war es eingefallen, jemals dieses Ehepaar zu verdächtigen. Jeder glaubte, daß Salabans sehr wohlhabend seien und in äußerst geordneten Verhältnissen lebten. Das „Handbuch" für internationales Recht" und andere juristische Bücher, die Salaban verfaßt hatte, hatten ihm großes Ansehen geschaffen. In direkten finanziellen Schwierigkeiten waren die Eheleute wahrscheinlich nicht. Die Motive, die sie zu dieser Fälscheraktion im größten Stile veranlaßten, sind zweifellos in ungewöhnlicher Habgier zu suchen. — Salaban behauptete bei seinem Verhör, daß er im ganzen nur 4000 Stücke ausgegeben und in den Verkehr gebracht habe. Diese Angaben werden für falsch gehalten, denn die angehaltenen Falschstücke — 32 000 — zeigen alle die nur für Fachleute erkennbaren Merkmale.

Vernehmungen und Feststellungen.

Dr. Salaban gibt an, daß er in Wien Rechtsanwalt gewesen sei. Als er im Jahre 1923 nach Deutschland gekommen ist, hätte er ein großes Chemikalienexportgeschäft eröffnet. Die Geschäfte seien aber sehr schlecht gegangen. Sein großes Vermögen will er in der Inflation verloren haben. Als es ihm jetzt immer schlechter ging, habe er den Gedanken gefaßt, das Falschgeld herzustellen. Seine Bücher und wissenschaftlichen Arbeiten, auf die er immer hinweist, haben große Verbreitung gefunden. Für das Handbuch sind ihm Anerkennungsschreiben von prominenten Juristen zugegangen. Er behauptet, daß ihm ein Mann, den er nicht nennen will, nachts bei der Herstellung der Falsifikate behilflich gewesen sei. Die Polizei steht diesen Angaben zunächst noch sehr skeptisch gegenüber. Fest steht, daß er gemeinsam mit seiner 38 Jahre alten Ehefrau Martha mit einem noch Unbekannten in seinem eleganten Wagen am vergangenen Sonntag einen Ausflug nach Lübben gemacht hatte. Erst spät nachts kehrten alle drei zurück und suchten gemeinsam ein kleines Weinlokal am Kurfürstendamm auf. Ob dieser Mann der „Große Unbekannte" ist, ist noch nicht geklärt. Ein Umstand ist besonders merkwürdig: Dr. Salaban sollte daktyloskopiert werden. Er weigerte sich mit dem Bemerken, daß es kein Gesetz gebe, wonach die Anfertigung von Fingerabdrücken ohne Zustimmung des Beteiligten möglich sei.

Die Angabe des Fälschers, daß er nur 4000 falsche Stücke ausgegeben habe, dürfte hinfällig sein, wenn man bedenkt, welchen Luxus er geführt hat. Die Villa ist mit wertvollen Möbeln ausgestattet. Im Keller liegen mehrere hundert Flaschen Wein. Die Familie besitzt sechs wertvolle Pelzmäntel. Der Lebensunterhalt, drei Hausangestellte usw., verschlangen große Summen. Wenn man berechnet, daß er durch den Umsatz der Falschstücke während der Jahre 1929, 1930 und 1931 etwa 70 000 M. vereinnahmt hat, so ist die Rechnung noch sehr gering angesetzt, weil sein monatlicher Lebensunterhalt sicherlich mehr gekostet hat, als er angeblich durch die Ausgabe der Falsifikate eingenommen hat. Es ist die Vermutung aufgetaucht, daß der Dr. Salaban nicht nur selbst den Absatz der Falschgeldstücke betrieben hat, sondern daß er auch das Haupt einer Bande ist, die für ihn arbeitete.

Banditenstreich in Waidmannslust.

Schuß auf eine Verkäuferin.

In Waidmannslust, an der Stettiner Vorortbahn, wurde in den gestrigen Abendstunden auf die Filiale der Buttergroßhandlung „Nordstern" am Oranienbamm ein regelrechter Banditenüberfall verübt.

Kurz vor 19 Uhr, als die Filialleiterin gerade die letzten Kunden abfertigte, wurde plötzlich die Tür aufgerissen und fünf Männer im Alter von 25 bis 30 Jahren stürmten in den Laden. Drei von ihnen postierten sich am Geschäftseingang und richteten drohend ihre Pistolen auf die Anwesenden. Zwei Mitglieder der Bande plünderten darauf die Kasse und raubten rund 250 Mark. Nachdem sich die Filialleiterin von ihrem ersten Schreck erholt hatte, ergriff sie den Telephonhörer, um das Ueberfallkommando zu alarmieren. In diesem Augenblick feuerte einer der Banditen einen Schuß ab, ohne glücklicherweise zu treffen. Die Banditen flüchteten und entkamen. Es scheint, daß sie zu ihrer Tat ein gestohlenes Auto benutzt haben, in dem sie davonrasten.

Billiger Sonnabend im Zoo. Am heutigen Sonnabend, 16. d. M., kostet der Eintritt in den Zoologischen Garten bereits von 12 Uhr mittags ab nur 50 Pf. für Erwachsene und 25 Pf. für Kinder; dieselbe Ermäßigung gilt für das Aquarium.

9]

Nach einem Tagebuchroman von Karl Hans Schober
erzählt von Erich Knauf

Kotzourek ist unter ihnen. Sein Kopf ist kahlgeschoren. Die Hände liegen geschlossen auf dem Rücken. Unsere Blicke treffen sich. Er ist rücksichtsvoll und tut so, als kenne er mich nicht. Aber ich nicke ihm zu: „Servus!" Er lächelt zurück.

Schon kommt ein Kommißpolizist auf mich zu, das Gewehr in der Hand: „Wie heißen Sie?"

Er schreibt mich auf. „Das werden Sie büßen!" Dann rennt er zu Kotzourek und versetzt ihm einen Kolbenstoß: „Schwein!" Auch die anderen Matrosen kommen in Bewegung, zerren an ihren Fesseln und spucken nach dem Polizisten, der von einem Fregattenleutnant gehindert wird, mit seinem Gewehr auf die Gefesselten einzuschlagen.

„Wartet nur, Bande! Unser Tag kommt noch!" Stolz und aufrecht gehen die PB.-Leute. Sie werden eingeschifft. Das Schiff sticht in See und wir verlassen die Mole.

Aengstlich wendet sich Horst an mich: „Das kann dumm für dich ausfallen."

„Quatsch!" wehrt Wallach ab, „gehen wir lieber in den Puff."

Hier müssen wir uns anstellen wie die Leute in unserer Heimat ums liebe Brot. Das ist ein Betrieb! „Der nächste bitte!" Matrosen kommen ununterbrochen und gehen.

Mir kommt es hoch: „Servus alle miteinand!"

„Bord ahoi!" antworten die Matrosen.

Ich bin wieder draußen, und der sonnige Junitag liegt blau über der Stadt.

Ein Frauenzimmer erwischt mich von hinten: „Grüß Gott, Schatz!" Ein blondes Luder, tipptopp in Kluft. Wie sie mich nach ihrer Bude lancieren will, merke ich: Verdammt! in den Offizierspuff!

Während sie sich auszieht, mache ich mich über die Cremeschnitten, die ihr irgendein verliebter Offizier aus dem Kasino geschickt hat. Alles fresse ich auf, und dann gibt es auch noch Wein.

Acht Wochen habe ich kein Weib gesehen, verdammt noch mal! Ich muß ihr versprechen, wiederzukommen, und dann socke ich ab.

An Bord ist Kino unter freiem Himmel. Am Geschützturm sind die besten Plätze. Auf der Leinwand ist allerhand los: Ein Maharadscha mit einem Harem voll halbnackter Weiber. Der Matrose neben mir rollt seine Augen wie Mühlräder. Verdammter Salat! Solche Weibergeschichten sind gerade das richtige für uns. Kein Wunder, daß die Kinovorführung mit einer soliden Keilerei endet.

— — — — — — — — — — — — — — —

Ich trete meinen Dienst in dem hellerleuchteten Hilfsmaschinenraum an. Die Ventilatoren sind ausgeschaltet, und es ist erdrückend schwül.

„Schau, daß du an die frische Luft kommst", sage ich zu dem abgelösten Kameraden, dem der Schädel brennt. Durchschwitzt kriecht er die Treppe hinauf. Von oben ruft er zu mir herunter: „Der Süßwassererzeuger . . . Hörst du . . . ist in den Sod durchzupressen."

„Gut, gut!" Vier Stunden bin ich jetzt allein. Mittschiff steht der Kondensator mit der Luftpumpe. Auf Steuerbordseite summt die Zentrifugalpumpe. Daneben steht die Sodpumpe. Auf Backbordseite sind zwei Luftkompressoren außer Betrieb. Die Süßwasserpumpe daneben läuft leer. Ich drehe das Dampfventil zu. An der Steuerbordseite hängen die elektrischen Kontrollanlagen, die mit den Kesseln in Verbindung stehen. Die rote Glühbirne leuchtet nicht.

Ununterbrochen gibt es Alarmzeichen. Einmal heißt es: Süßwasserpumpe vorwärts! Dann Glocke aus dem Lichtturbinenraum, dann ans Sprachrohr, dann zum Dampfventil. Die Alarmglocken kommen nicht zur Ruhe. Das Batteriedeck alarmiert: Süßwasserpumpe halt! Im Süßwassererzeuger steigt der Druck immer mehr, das Dampfventil ist undicht.

Der Maschinenführer rast herein: „Lumpenbagasch!"

Mir reißt die Geduld: „Ich kann doch nichts dafür; dort fehlts." Und ich deute in den Sod, auf das Kingstoneventil.

„Kusch!" brüllt er und wirft mir einen Blick zu: „Sie kommen zum Rapport!"

Jetzt packt mich die Wut. Ich löse die Schrauben des Ventildeckels und reiße den Ventilkegel heraus. Das armstarke Wasser spritzt meterhoch empor, schleudert mich gegen die Steuerbordwand und der Maschinenführer ist pudelnaß. Zwei Heizer müssen herbei und mir helfen. Die Zentrifugalpumpe hat ein muschelartiges Gehäuse angesaugt. Das muß beseitigt werden. Mein Körper trieft von Oel, Dreck und Wasser. Schließlich ist die Havarie behoben.

Oben an Bord ist großes Putzen und Waschen. Kommandorufe, Signalpfiffe, Schimpfworte, unterdrücktes Fluchen der Mannschaften, am Achternast knallt die Kriegsflagge im scharfen Wind, und ich gehe zum Rapport.

Dunkelarrest bekomme ich, diesmal wegen frechen Benehmens gegen den Vorgesetzten, weil ich zu dem diensthabenden Maschinenführer gesagt habe, daß ich nichts dafür könne, wenn das Kingstoneventil verstopft ist. Sollen wir den Vorgesetzten noch die Füße ablecken?

Das Asyl der heimatlosen Wanzen, so hat die Besatzung das Arrestlokal getauft. Vierundzwanzig Stunden bin ich dem Wanzengewimmel ausgeliefert. Durch die eiserne Wand höre ich, wie Tula, der Steuermatrose, der seit vierzehn Tagen als politisch Verdächtiger in Untersuchungshaft sitzt, stöhnt.

Verflucht! Dazu habe ich mich freiwillig gemeldet. Schweinehunde um uns Soldaten, Schweinehunde in der Heimat, wo sie den hilflosen Frauen und den Müttern der Soldaten die letzte Kuh aus dem Stall stehlen.

— — — — — — — — — — — — — — —

Vier Tage schon stehen wir im Schwimmdock. Das Flaggschiff hat Hauptreparatur. Der Kasten wird abgekratzt und frisch lackiert. Ueberall wimmelt es von Arbeitern und Matrosen. Sie schimpfen über die schwere Arbeit, zumal ihnen auch noch die Brotration gekürzt wurde. Und die Kommißpolizisten brüllen die Arbeiter an, wenn sie sich erlauben, mit den Matrosen des Flaggschiffes zu sprechen. Sertsch ist auch unter den Hunden. Er bringt es fertig, gegen einen Arbeiter Strafanzeige zu erstatten, weil er uns um Brot angebettelt hat. Wie er jetzt wieder versucht, einen Matrosen zu stellen, der einem Arbeiter ein Stück Brot unter den Rock schieben will, schließen die Matrosen um ihn einen Kreis. Aber er hat noch einmal Schwein. Ein Detailoffizier schiebt die Matrosen zur Seite und weist Sertsch von Bord: „Schämen Sie sich! — Feldgendarmen haben an Bord nichts zu suchen!"

(Fortsetzung folgt.)

Glatte Fälschungen.

Bei der Stadtbank wurde jahrelang nichts gemerkt.

In der gestrigen Nachmittagsverhandlung des Sklarek-Prozesses wurde bis ins einzelne erörtert, auf welche Weise die Sklareks die Stadtbank bei den stillen Zessionen hinters Licht führten. Was dabei herauskam, kann nur als ungeheuerlich bezeichnet werden.

Die Stadtbank bevorschußte bekanntlich die Lieferungen, die die Sklareks an die städtischen Dienststellen in den Bezirksämtern ausführten, ohne daß die Bezirksämter davon Kenntnis hatten. Zuerst wurden die Originalrechnungen der Stadtbank von den Sklareks eingereicht, später wich man aber davon ab und fertigte in den verschiedensten Variationen **Kopien oder fingierte Rechnungen an, denen gar keine Lieferungen zugrunde lagen und ließ sich hierauf die Vorschüsse geben,** was die Stadtbank auch ahnungslos tat. Leo Sklarek beschuldigte nun gestern den Stadtbankdirektor Schmitt, daß er mit Max alles ausgeheckt habe, während Hoffmann nur der Rekrut war, der immer laufen mußte. Als die beiden Stadtbankdirektoren von einer Besprechung mit Leo Sklarek erzählten, in der dieser versichert habe, daß sich die Einreichung von Kopien nicht mehr wiederholen sollte, sprang Leo Sklarek auf und brüllte: „Das ist eine glatte Lüge", worauf sich Schmitt revanchierte und Leo Sklarek der Lüge bezichtigte. Die Stadtbankdirektoren entschuldigten sich wieder damit, daß sie den Sklareks gegenüber nie den Verdacht des Betruges gehegt hätten. Vors.: Was hätte eigentlich bei den Sklareks passieren müssen, damit Sie mißtrauisch wurden? Ich glaube, wenn sie Ihnen die goldene Uhr aus der Tasche gezogen hätten, hätten Sie noch gesagt: „Entschuldigen Sie bitte, Sie haben aus Versehen nach meiner Uhr gesehen." (Heiterkeit.) — Aus der Anklage gab der Vorsitzende einige Kostproben, wie die Fälschungen der Rechnungen gehandhabt wurden. Zum Teil wurden der Stadtbank echte Rechnungen gegeben, die aber meist nur auf geringe Beträge lauteten, während die fingierten die großen Beträge ausmachten. **Der Inhalt der Rechnungen wurde teils völlig frei erfunden, teils lehnte er sich an echte Rechnungen an, dann wurden Kopien echter Rechnungen mit falschen Daten und Ziffern versehen,** echte Rechnungen auf ein anderes Bezirksamt umgeschrieben und schließlich Kopien von Rechnungen zur Bevorschussung vorgelegt, die bereits von den Bezirksämtern bezahlt waren. Der mitangeklagte Buchhalter Lehmann gab zu, diese Fälschungen auf Anweisung von Max Sklarek angefertigt zu haben. Die Brüder hätten ihm, als er Bedenken hatte, erklärt, es handele sich nur um eine Formsache, da die Stadtbankdirektoren Bescheid wüßten. „Ich kann mir nicht denken, daß die Stadtbankdirektoren an die Echtheit unserer Rechnungen geglaubt haben. Es sollten nur die statutenmäßigen Unterlagen vorhanden sein, um den Kredit vor den Unterorganen zu rechtfertigen." Leo und Willy Sklarek bestritten, von den gefälschten Rechnungen etwas gewußt zu haben und beriefen sich auf Max Sklarek, der alles mit den Stadtbankdirektoren verabredet hätte. Vors.: Stimmt das, was die Sklareks sagen? — Hoffmann: Ich habe keine Ahnung davon gehabt, daß mit den Rechnungen etwas nicht in Ordnung war. — Schmitt: Nicht die geringste Ahnung hatte ich, daß ein Betrug verübt wurde. — Leo Sklarek: Wenn Sie nochmals Betrug sagen, Herr Schmitt, dann sage ich Hehler zu Ihnen. — Der Buchhalter Lehmann enthüllte dann weiter, daß die Sklareks die Beträge, auf die die fingierten Rechnungen lauteten, selbst durch Postscheck als „Bezirksamt" an die Stadtbank zahlten, da ja die städtischen Dienststellen die Sklarekschen Rechnungen bei der Stadtbank begleichen mußten, weil diese das Geld schon im voraus erhielten. Lehmann erzählte dann weiter, daß die Sklareks in den ersten Jahren die Boten der KVG. in die Bezirke schickten und von dort aus beim Postamt auf Zahlkarte die Zahlungen der „Bezirksämter" aufgaben. Später war Max Sklarek das aber zu umständlich, und so gab man für sämtliche Bezirksämter die Zahlungen vom Jahre 1928 ab einfach beim Postscheckamt in der Dorotheenstraße auf. Als ich Max Sklarek gegenüber Bedenken äußerte, sagte er: „Das ist alles mit der Direktion geregelt, machen Sie sich keine Kopfschmerzen darüber." — Vors.: Hier gibt es nur zweierlei, entweder ist es so, wie es Max Sklarek gesagt hat, oder sie haben bei der Stadtbank die unfähigsten Leute ausgesucht.

Zum Schluß wurde dann noch ein bemerkenswerter Fall erörtert. Die Sklareks hatten von der Straßenbahn einen Auftrag in Höhe von 109 000 M. erhalten. Offeriert hatten sie der Straßenbahn Waren in Höhe von 359 000 M., und hieraus wurde ein Auftragschreiben gemacht. Sie erzählten dann der Stadtbank, daß sie bereits für 191 000 M. geliefert hätten und bekamen darauf **einen Vorschuß von 155 000 M., also 45 000 M. mehr, als die ganze Lieferung überhaupt ausmachte.** Um dieses „Geschäft" glaubhaft zu machen, wurden wieder ein Geschäftsbuch und eine **besondere Kladde** angefertigt. Man kannte aber die „Tüchtigkeit" der Revisoren, denn, wie der Vorsitzende bemerkte, scheute man sich nicht, in dem gleichen Kontokorrentbuch vorn die tatsächlichen Lieferungen und hinten die fingierten einzutragen. Die Verhandlung wurde schließlich auf Montagvormittag 9 Uhr vertagt.

Die „Pfundspende" der Winterhilfe.

Zu dem Ernährungsgeld, das in allen Bezirken ausgegeben wird, zu der Kleidung, die in einigen Bezirken, besonders im Westen der Stadt, gesammelt wurde und an Bedürftige allmählich verteilt wird, gesellt sich im Bezirk Wilmersdorf-Schmargendorf-Grunewald noch die Pfundspende. Diese organisierte Sammlung von Lebensmitteln aus den Haushaltungen ergab im Monat November über 18 000 Pfund Lebensmittel, dazu eine beträchtliche Menge von Kartoffeln und Kohlen. Es wurden 837 Familien reichlich damit unterstützt.

Im Dezember waren es fast 25 000 Pfund Lebensmittel, dazu fast 22 Zentner Kartoffeln und über 50 Zentner Kohlen, die aus den Haushaltungen gespendet wurden. Die Winterhilfe in Wilmersdorf konnte damit 1535 bedürftige Familien reich bedenken. Der Dank für diese wirklich praktische, schnelle und keinerlei Mißbrauch unterworfene Hilfe gebührt allenen, die in jeder Woche ihre Spende geben und denen, die sie ehrenamtlich sammeln und verteilen. Im Monat Dezember wurden aus der Kleiderkammer der Berliner Winterhilfe in Wilmersdorf (nicht zu verwechseln mit der städtischen Kleiderkammer und der bis zu Neujahr noch tätig gewesenen Kleiderkammer des Notdienstes, beide auch im Rathaus) 1050 Familien mit 3013 Stück brauchbarer Kleidung versehen. Die Abgabe geschah und geschieht vollständig kostenlos, was falschen Gerüchten gegenüber ganz besonders betont werden soll.

„Tante Käte" verhaftet.

In der Nähe des Halleschen Tores konnte gestern die seit einiger Zeit von der Kriminalpolizei steckbriefsich gesuchte 26 Jahre alte Käte Grell verhaftet werden. Die gefährliche „Kinderfreundin" ist in das Untersuchungsgefängnis Moabit eingeliefert worden. Sie wird sich wegen Kuppelei zu verantworten haben.

Weil ihm die Geige fehlte . . .

12 Jahre Zuchthaus für den Totschlag an der Greisin.

Der Totschlag an der 76jährigen Zimmervermieterin Wabnitz in der Ueckermünder Straße im Oktober vorigen Jahres hat durch seine Sinnlosigkeit und ungeheuerliche Brutalität — der Kopf der alten Frau wies 31 Verletzungen auf — größte Empörung ausgelöst. Vor dem Landgericht I stand gestern der 22jährige Hellmuth Kleiner, ein infantiler Mensch; er erzählte, Daten und Einzelheiten durcheinanderwerfend, wie er zu seiner blutigen Tat gekommen ist.

Kleiner ist Musiker, Ausgangspunkt seines Verbrechens war eine versetzte fremde Geige. Der Vater des Angeklagten ist Werkmeister in Breslau. Der Junge lernte Kaufmann, seine Liebe zum Geigenspiel ließ ihn aber Musiker werden. Er fand in verschiedenen Cafés Beschäftigung, wurde stellungslos, kam nach Breslau zurück und verließ, weil er den Eltern nicht zur Last fallen wollte, zum zweiten Male ohne Sachen seine Heimatstadt. Dem Rufe eines Freundes folgend ging er nach Liegnitz. Hier entwendete er auf Veranlassung desselben Freundes einem Bekannten die Geige und versetzte sie für 20 Mark. Aus Furcht vor Entdeckung fuhr er zu seinem Onkel in der Nähe von Waldenburg, borgte von diesem 20 Mark und begab sich weiter nach Berlin. Hier suchte er in verschiedenen Cafés Beschäftigung als Musiker zu finden, es wurde nichts daraus, er besaß keine Geige. Immer wieder erzählte er von seiner angeblich versetzten Geige, ließ sich von seinen Kollegen mit kleinen Geldbeträgen unterstützen, borgte seinen Berliner Onkel um 10 Mark an, desgleichen auch eine Breslauer Bekannte. Am 19. Oktober mietete er bei Frau Wabnitz das Zimmer. Die alte Frau hatte Verwandte in Breslau; sie faßte zu ihrem neuen Mieter sofort großes Vertrauen, erzählte ihm, daß sie auf der Bank etwa 4000 Mark und auch zu Hause etwas Geld habe. Schließlich zeigte sie ihm den Schrank ihres anderen Mieters, in dem mehrere Anzüge und Mäntel hingen. Kleiner erzählte auch ihr von seiner versetzten Geige.

Alles das half ihm aber nicht weiter. Er mußte seine Miete zahlen. Wie aber Arbeit finden? Wo eine Geige hernehmen? Er suchte verschiedene Instrumentengeschäfte auf. Zu einer guten Geige reichte sein Geld nicht, mit einer schlechten konnte er nichts anfangen. Er mußte sich Geld verschaffen. So kaufte er sich einen Totschläger. Ob man mit ihm eventuell auch einen Menschen töten könnte, fragte er die Verkäuferin. Er dachte an die verdächtigen Unterhaltungen in der Münzstraße. Dann dachte er wieder an das Geld seiner Wirtin. Den Gedanken ließ er fallen und beschloß, sich mit einem Anzug des anderen Untermieters zu begnügen; zum Kauf einer Geige würde es ausreichen. Er paßte den Augenblick ab, als Frau Wabnitz aus der Wohnung abwesend war, schlich sich ins Zimmer des Untermieters und holte aus dem Schrank einen Anzug. Im selben Augenblick kam Frau Wabnitz nach Hause, überraschte Kleiner, der den Anzug in der Hand hatte und schrie ihn an: „Sie Dieb!" Dann rief sie um Hilfe. Er schlug auf sie mit der Faust ein. Sie schrie weiter. Nun holte er den Totschläger aus der Tasche und ließ die Schläge auf die alte Frau nur so niedersausen. Noch immer schrie die Frau um Hilfe. Er riß ein Handtuch vom Nagel und erwürgte die Greisin. Dann zog er den blutbesudelten Anzug aus, warf ihn in den Koffer, säuberte sich, fuhr über Fürstenwalde und Frankfurt a. d. O. nach Waldenburg, wo ein Onkel von ihm wohnte und wo er wieder die Geschichte von der versetzten Geige erzählte. Er wurde festgenommen, weil er seine Zeche nicht bezahlen konnte. Der Beamte sagte ihm auf Grund des Fahndungsblattes die Bluttat in Berlin auf den Kopf zu.

Medizinalrat Dr. Evers sprach von körperlichen Merkmalen der Hysterie beim Angeklagten; man habe es mit einer leicht erregbaren, seelisch nicht ausgereiften Persönlichkeit zu tun. Der Staatsanwalt beantragte wegen schweren Diebstahls und vorsätzlicher Tötung bei einem Versuch, sich nach einer strafbaren Handlung der Ergreifung durch Flucht zu entziehen, 14 Jahre Zuchthaus.

Das Gericht verurteilte den 22jährigen zu 12 Jahren und 2 Monaten Zuchthaus. In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Sternheim u. a. aus, daß sowohl das Verhalten des Angeklagten vor der Tat, wie auch sein Benehmen während und nach der Tat einen Mordverdacht ausschließe; der Angeklagte habe nur den Anzug stehlen wollen; das Opfer sei ihm in die Quere gekommen; er habe in höchster Erregung auf sie eingeschlagen. Die Tat sei aber vielleicht die grauenerregendste, die in Berlin in der letzten Zeit vorgekommen; es sei deshalb nicht möglich gewesen, auf die Mindeststrafe von 10 Jahren Zuchthaus zu erkennen.

Freie Sozialistische Hochschule

Heute Sonnabend, 16. Jan., 19,30 Uhr
im Plenarsaal d. ehem. Herrenhaus., Leipziger Str. 3, spricht Gen. **Dr. Rudolf Breitscheid, M. d. R.,** über
„Abrüstung, Reparationen, Friede"

Eintrittskarten zum Preise von 50 Pf. sind an den bekannten Verkaufsstellen erhältlich. Für Erwerbslose u. Studierende ermäßigte Karten an der Abendkasse

Häuser verkommen — Menschen verzweifeln.

Die notwendigsten Reparaturen auf endlose Sicht.

Die berechtigte Forderung notwendiger Hausreparaturen hat immer schon in das Verhältnis zwischen Vermieter und Mieter einen argen Mißton gebracht; noch schwieriger und aussichtsloser gestaltet sich diese Streitfrage, wenn weder Hauswirt, noch Verwalter in erreichbarer Nähe sind, sondern das Haus irgendeiner großen, wohl gar ausländischen Gesellschaft gehört, deren Generalbevollmächtigter den Mietern gegenüber unsichtbar bleibt. An wen sollen sich die Mieter mit ihren Wünschen und Forderungen wenden? Da bleibt nur der offizielle schriftliche Weg, und das Ergebnis ist meist negativ.

Von all dem wissen auch die Bewohner der Häuser, die der Spanischen Häuserverwaltung (Büro Steglitzer Straße) unterstehen, ein trauriges Lied zu singen. Da fraß zum Beispiel unter dem Fußboden der Gastwirtschaft Zorndorfer Straße 14 der Schimmel — oder war es gar der Schwamm? — und nach langem Hin und Her entschloß man sich endlich, den Fußboden aufreißen zu lassen, um die Sache in Ordnung zu bringen. Nachdem die Arbeiter ihr Werk begonnen hatten, der Boden frei und offen dalag, so daß der Gastraum unbenutzbar war und der Wirt seine Gäste nur in einem kleinen Vereinszimmer mit Hintereingang aufnehmen konnte, erschienen die Arbeiter eines Tages nicht wieder an der Stätte ihres Wirkens. Der Wirt wartete und wartete, die Kundschaft verlief sich inzwischen und nachdem endlich vier Wochen verstrichen waren, wurde die Arbeit auf energisches Betreiben des arg Geschädigten zu Ende geführt. Zwei Häuser weiter zeigte das Dach des Hinterhauses bedenkliche Alterserscheinungen, die eine dringende Ausbesserung erforderlich machten. Wiederum wurde aufgerissen, das Dach wurde jedoch nicht eingedeckt, sondern nur Streifen Dachpappe eingehängt, so daß es den zunächst wohnenden Parteien durch die Decke tropfte. Ein paar Straßen weiter, Straßmann- Ecke Hausburgstraße wurden eines Tages sämtliche Jalousien abgenommen; sie sollten angeblich neu gestrichen werden. Auch hier sind wieder bereits mehr als sechs Wochen verstrichen, es zieht den Leuten mächtig in die Stube. Eine alte, schwerkranke Frau, die ihre Gliedmaßen kaum gebrauchen kann, muß jeden Tag mit schwerer Mühe aufs Fenster klettern, um irgendeine alte Decke anzubringen, weil sie sich nicht gerne bei allem und jedem beobachtet wissen will. Wendet sich der eine oder andere an die Hausverwaltung, dann erhält er als Antwort ein überaus höfliches „selbstverständlich", dem bloß leider nicht die Tat folgt. Es sind da aber noch mehr Schmerzenskinder. Hier wurde ein Dach repariert, aber der Schneefang vergessen, dort brachte man ein Gesimsblech an, jedoch keine Dachrinne. Wurde irgendwo eine Reparatur gemacht, dann blieb das Gerüst einfach stehen, im Hause Zorndorfer Straße 16 beispielsweise 1 Jahr und 3 Monate.

Die Gründe für diese merkwürdige Arbeitsweise werden wahrscheinlich finanzieller Natur sein. Jedenfalls sind die Hausbewohner, die ja schließlich die Reparaturen mit der Miete bezahlen, dabei die Leidtragenden. Ist denn der kleine Mann heute nicht schon genügend mit Bitternis und Verzweiflung geschlagen? Es wäre nicht mehr als recht und billig, dafür zu sorgen, daß ihm nicht noch sein bescheidenes Heim zur Marterstätte gemacht wird.

Fahrlässigkeit bei Sarrasani?

Die Untersuchung des Brandes.

Brüssel, 15. Januar. (Eigenbericht.)

Die amtliche Untersuchung über die Ursache der Feuersbrunst im Zirkus Sarrasani in Antwerpen hat bisher ergeben, daß der Brand wahrscheinlich auf die Unvorsichtigkeit des Zirkuspersonals zurückzuführen ist, das trotz strengen Verbots bis spät in die Nacht Zigaretten geraucht hat. Ein Angestellter soll ein brennendes Zigarettenende weggeworfen und den Brand verursacht haben. Die Annahme, daß das Feuer durch Brandstiftung entstanden ist, wird von keiner Seite mehr ernst genommen, auch nicht von der Zirkusverwaltung.

Von den Elefanten des Zirkus ist bisher keiner verendet. Zwei befinden sich jedoch noch in bedenklichem Zustande, zwei sind erblindet. Die übrigen verwundeten Elefanten befinden sich auf dem Wege der Genesung.

Der vermißte Schwede.

Er ist in die Fremdenlegion eingetreten.

Seit dem 20. Oktober vorigen Jahres war der 23 Jahre alte schwedische Staatsangehörige Sture Lundskog, der in Berlin in Stellung war, verschwunden. Seine Angehörigen vermuteten, daß er einem Verbrechen zum Opfer gefallen sei. L., dessen Vater in Borch in Schweden große Baumschulen und Gärtnereien besitzt, entstammt einer sehr wohlhabenden Familie. Vor einem Jahre etwa war er in einem großen Gärtnereibetriebe in Mariendorf als Volontär eingetreten, um seine Kenntnisse zu erweitern. Ende Oktober war seine Lehrzeit abgelaufen, und er sollte nach Hause zurückkehren. Am 20. Oktober erklärte er, daß er sich noch einmal das Nachtleben von Berlin ansehen wolle. Von diesem Ausgange ist er nicht mehr zurückgekehrt. Die Nachforschungen brachten aber mit ziemlicher Sicherheit den Beweis, daß L. keinem Verbrechen zum Opfer gefallen war. Die Kriminalpolizei vermutete vielmehr, daß er nach Frankreich gegangen und vielleicht in die Fremdenlegion eingetreten sei. Die Angehörigen wiesen diese Behauptung weit von sich. Trotzdem benachrichtigte die Kriminalpolizei am 25. November das Generalkommando der Fremdenlegion in Sidi bel Abbes. Von dort ist jetzt über das französische Konsulat die Nachricht eingetroffen, daß Sture Lundskog sich nicht damit einverstanden erklärt, daß über seine Person irgendwelche Auskünfte gegeben werden. Daraus ist zu schließen, daß der junge Mann tatsächlich in die Fremdenlegion eingetreten ist. Die Eltern in Schweden sind von dieser Nachricht in Kenntnis gesetzt worden.

Neubabelsbergs neues Bahnhofsgebäude.

Am 15. Januar ist der letzte Teil des neuen Bahnhofsgebäudes in Neubabelsberg dem Verkehr übergeben worden. Der erste Teil mit Schaltern und Diensträumen sowie die Güterabfertigung werden bereits seit dem vergangenen Jahre benutzt. Der Neubau mit seinem rotbunten Klinkermauerwerk fügt sich gut in die mit stattlichen alten Bäumen bestandene Umgebung ein. Die Ausstattung im Aeußeren wie im Inneren ist zeitgemäß einfach. Das alte, abbruchreife Gebäude, ein Pavillon aus Fachwerk, ist bekanntlich für die Weltausstellung 1878 in Wien errichtet und später nach Neubabelsberg verpflanzt worden. Bahnhofsvorplatz und Wirtschaftsgarten werden voraussichtlich im Frühjahr hergerichtet werden.

Die Bauarbeiten zur Errichtung des Columbus-Hauses am Potsdamer Platz, das bereits vor einigen Monaten im Rohbau vollendet wurde, sind inzwischen so gefördert worden, daß das Hochhaus zum 1. Mai bezugsfertig sein wird. Das Bürohochhaus wird insgesamt 12 000 Quadratmeter Fläche umfassen.

Deutschlands Weltfunksender.

In Königswusterhausen arbeitet seit Jahren neben dem langwelligen Deutschlandsender der kurzwellige Weltrundfunksender. Hier finden wir einen Rundstrahler in des Wortes wahrer Bedeutung; denn rund um die Erde in allen Richtungen der Windrose flutet eine Sendung, geleitet von der sogenannten „Heavisideschicht", die in 100 bis 200 Kilometer Höhe die Erdkugel wie eine Haube umgibt. Ein einfacher senkrecht hochgeführter Draht, der in der halben Wellenlänge schwingt, ein sogenannter vertikaler Dipol, dient als Antenne. Dieser senkrechte Strahldraht erfüllt weitgehend die Rundwirkung. Er ist von nicht zu überbietender Einfachheit des Aufbaus, aber er hat einen Nachteil: Er sendet die Strahlung zum großen Teil steil zur Heavisideschicht empor, so daß viel Energie nutzlos verloren geht.

Grundlegende Entwicklungsversuche der Telefunkengesellschaft ergaben nun, daß es bei jeder Art von Kurzwellenübertragung vorteilhafter ist, statt des vertikalen Dipols einen horizontalen Dipol oder noch besser viele zusammenwirkende horizontale Dipole zu verwenden. Das Ergebnis war die Durchbildung der „Tannenbaumantenne", die im radiotelegraphischen Ueberseedienst als Antenne mit scharfer Richtwirkung in der ganzen Welt Verbreitung gefunden hat. Bei ihr sind viele Dutzende von horizontalen Dipolen, in welchen Ströme gleicher Intensität und Phase fließen, neben- und übereinander angeordnet.

Für Rundfunkantennen, wo man nicht eine Richtwirkung, sondern das Gegenteil, eine Rundwirkung erzielen will, kann man den horizontalen Dipol aber nicht ohne weiteres verwenden, weil er schon eine schwache Richtwirkung hat und in der Achsenrichtung überhaupt nicht strahlt. Ordnet man aber vier Dipole so an, daß sie von oben gesehen die Seiten eines Quadrats bilden, so wird man eine fast vollkommene Rundstrahlung bekommen. Eine Verstärkung der Wirkung wird durch Aufhängung mehrerer solcher Quadrate übereinander erreicht, es tritt dann bei unveränderter Rundwirkung auch eine derart scharfe Vertikalbündelung in der für die Fortpflanzung günstigsten Richtung ein, daß oberhalb 20 Grad Erhebungswinkel praktisch keine Energie mehr in den Raum gegeben wird.

Die Telefunkengesellschaft hat die neue Königswusterhausen-Antenne auf obige Art gebaut. Als Träger der in Quadratform angeordneten Dipole dient ein Holzmast von 70 Meter Höhe. Die ihm umschließenden übereinander liegenden vier Dipolquadrate besitzen etwa 15 Meter Seitenlänge. Es ist damit zu rechnen, daß durch die neue Antenne eine Energievermehrung am Empfangsort wie 8 : 1 erzielt wird.

Der Racheakt an Nydahl.

Herr Banczinsky sandte uns unter Berufung auf das Pressegesetz folgende Berichtigung: Es ist unwahr, daß ich Direktor des Werbeausschusses des freiwilligen Erziehungsbeirats für schulentlassene Waisen bin. Es ist unwahr, daß der genannte Verein mit mir einen bis zum Jahre 1933 laufenden Vertrag geschlossen hat. Es ist unwahr, daß ich ehrverletzende Aeußerungen und Drohungen ausgesprochen habe. Es ist unwahr, daß ich Herrn Nydahl aus Rache angezeigt habe. — Wahr ist vielmehr, daß meine Anzeige von rein sachlichen Motiven (Ermittlung der Wahrheit) geleitet ist.

Da diese Berichtigung bereits von der „Deutschen Zeitung" veröffentlicht wurde, hat Herr Dr. Klopfer, der Geschäftsführer des Deutschen Erziehungsbeirats für verwaiste Jugend und des Freiwilligen Erziehungsbeirats für schulentlassene Waisen der genannten Zeitung folgende Richtigstellung übermittelt:

In Ihrer Morgenausgabe vom Sonntag, den 10. Januar 1932, Nummer 8a, erschien ein Artikel „Auch Herr Nydahl vermeidet eine Klage", in dem Sie eine Berichtigung des Herrn Banczinsky veröffentlichten mit der Aufforderung, daß unser Vorstandsmitglied, Herr Stadtschulrat Nydahl, auf diese Berichtigung erwidern soll. Wir bitten Sie unter Berufung auf § 11 des Pressegesetzes folgende Erwiderung zu veröffentlichen: Es ist zwar richtig, daß Herr Banczinsky nicht Leiter des Werbeausschusses des Freiwilligen Erziehungsbeirats für schulentlassene Waisen ist, es ist aber wahr, daß, wie es auch in der zweiten Erklärung von Herrn Direktor Würtz im „Vorwärts" heißt, Herr Banczinsky Vorsitzender des Werbeausschusses des Deutschen Erziehungsbeirats für verwaiste Jugend war, der mit dem ersten Verein vertraglich und in der Geschäftsführung verbunden ist. Es ist deshalb zwar unrichtig, daß Herr B. mit dem Freiwilligen Erziehungsbeirat für schulentlassene Waisen einen direkten Vertrag geschlossen hatte, wohl aber war er mit seinem Wissen durch den Vertrag mit dem Deutschen Erziehungsbeirat auch mit dem Freiwilligen Erziehungsbeirat vertraglich verbunden. Für Werbezwecke hat Herr B. stets Briefbogen mit dem Namen beider Organisationen benutzt. Wegen der von Herrn Banczinsky zwar bestrittenen, in Wirklichkeit aber dennoch erfolgten ehrverletzenden Aeußerungen und Drohungen ist von dem Vorstand des Deutschen Erziehungsbeirats einstimmig das Schiedsgerichtsverfahren zur Feststellung der Gültigkeit einer fristlosen Vertragskündigung eingeleitet worden. Von unserer Auffassung, daß Herr Banczinsky Herrn Nydahl aus Rache angezeigt hat, können wir uns nach Lage der Dinge nicht abbringen lassen, zumal Herr B. einer anderen Berliner Zeitung gegenüber erklärt hat, daß er die Anzeige nicht erstattet habe.

Aufsichtsrat geschlossen hinter Intendant Ebert.

Der Aufsichtsrat der Städtischen Oper nahm in seiner gestrigen Sitzung von der Zurückweisung der gegen den Intendanten Ebert gerichteten Angriffe durch den Oberbürgermeister Kenntnis. Der Aufsichtsrat schloß sich der Erklärung des Oberbürgermeisters an und stellte fest, daß der Intendant das Vertrauen des Aufsichtsrates nach wie vor besitzt.

Ein Schwindler, der sich Karl Sommer nennt, treibt in Herbergen sein Unwesen. Er bezog am 12. Januar 1931 eine Schlafstelle in der Borsigstraße 31a. Da er einen schweren Koffer mitführte, hegte die Schlafstelleninhaberin keinen Verdacht. Am Donnerstag mußte sie es erleben, daß der Genannte unter Mitnahme von Bekleidungsstücken, Bargeld, Photoapparat usw. das Weite gesucht hat. Er nahm auch Ausweispapiere eines Mitbewohners der Schlafstelle, die auf den Namen Eduard Gerzambowski lauten, mit. Wie es sich herausstellte, hatte der Gauner in seinem schweren Koffer Kartoffeln mitgeführt, die er jetzt zurückließ, um die gestohlenen Sachen verstauen zu können.

Schluß des Inventurverkaufs.

Mit dem heutigen Sonnabend verschwinden die lokalen, mit Klein- und Kleinstziffern angebotenen, „preiswerten, nie wiederkehrenden Gelegenheiten" von den Verkaufstischen und Schaufenstern der Geschäfte; die Warenpyramiden werden abgetragen, zum Teil verschwinden sie, zum Teil ordnet man sie am Verkaufstisch ein. Wie war das Ergebnis des großen Rennens? Fast übereinstimmend lautet das Urteil der großen Kaufhäuser dahin: in den verkauften Mengen war der Umsatz dem im Vorjahre ähnlich, ziffernmäßig blieb er allerdings weit dahinter zurück, was schon in der Preisreduzierung begründet erscheint. In der Hauptsache hatte ja überhaupt bloß das Allerbilligste Absatzmöglichkeit, was sich beispielsweise in der Damen- und Herrenkonfektion zeigte; hier wurde ja in der Tat Außergewöhnliches geleistet, wenn man bedenkt, daß es für noch nicht 10 Mark einen vollständigen Männeranzug, für 5 Mark einen Frauenmantel, gefüttert und mit Pelzkragen, oder ein modern verarbeitetes Kleid gab. Englische Herrenstoffe, der Meter zu 3,90 Mark, gingen wie frische Semmeln weg, und die Frauen und Mädchen schütteten den Rest aus ihren Portemonnaies am Lager der Seidenstoffe, die etwas über eine Mark kosteten, oder bei den Samt- und Wollgeweben, die noch billiger waren. Schuhe sind von jeher ein guter Inventurartikel gewesen und auch diesmal: für 5 Mark ein Paar Männerstiefel, für 2 und 3 Mark Tanzschuhe. Warme Unterkleidung, Pullover und Herrenhemden ergänzten so die Hauptanziehungspunkte des Ausverkaufs; einige wenige konnten sogar daran denken, ihre Gardinen und Teppiche zu erneuern, aber das werden nicht allzu viel gewesen sein.

Eine fast historische Inventurecke in der Königstraße.

Marcelle Capy, Toni Sender und Superintendent Ungnad über die Abrüstung. Wie wir erfahren, wird in einer von der „Deutschen Liga für Menschenrechte" und der „Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit" gemeinsamen Kundgebung die bekannte französische Friedenskämpferin Marcelle Capy das Wort nehmen. Außerdem wird sprechen die Genossin Toni Sender und Herr Superintendent Ungnad. Die Kundgebung findet in den Spichernsälen, Spichernstr. 3, am Montag, dem 18. Januar, statt.

Allgemeine Wetterlage.

Der größte Teil von Deutschland liegt im Bereich milder ozeanischer Luft. Die Temperaturen stiegen auf 8 bis 10 Grad. Im westlichen Teil von Süddeutschland, in Schlesien und vor allem in Ostpreußen war es jedoch wesentlich kühler, da der Hauptstrom der ozeanischen Luft diese Gegenden nicht berührte. In der südwestlichen Luftströmung ziehen einzelne Störungen durch Deutschland. Sie brachten in West- und Norddeutschland am Freitag etwas Regen. Bei steigendem Barometer setzte aber bald wieder Wetterbesserung ein. Auch sie wird nicht lange anhalten. Ueber England ist bereits ein neues Störungsgebiet erschienen, das uns erneut Eintrübung bringen wird.

Wetteraussichten für Berlin: Zeitweise heiter, nachts etwas Regen, mild, frische Süd- bis Westwinde. — **Für Deutschland:** Im Süden und Osten wolkig, vielfach auch neblig bei einzelnen leichten Niederschlägen, sonst wechselnd wolkig bei mäßigen, an der Nordseeküste starken Süd- bis Südwestwinden, vereinzelte Regenfälle, wenig Temperaturänderung.

Aus der Partei.

Die italienische sozialistische Partei hat einen „Almanacco Socialista" für 1932 herausgegeben, zu dem Turati, Nenni, Buozzi, Coccia, Modigliani und andere Führer Beiträge geliefert haben. Der Almanach enthält auch Aufsätze über die politischen Verhältnisse in Amerika, England, Spanien, Deutschland und Frankreich, wie sich diese den italienischen Sozialisten darstellen. Ferner werden das Testament von M. Schirru und der Bericht über das heroische Opfer Lauro de Bosis abgedruckt. Der Almanach (in italienischer Sprache) enthält 190 Seiten und viele Illustrationen. Er kann für 7 fr. Franken von Oddino Morgari, 103 Faubourg St. Denis, Paris X bezogen werden.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Treppen rechts, zu richten

Achtung, Stadtverordnetenfraktion!

In der kommenden Woche findet weder eine Fraktions- noch Stadtverordnetensitzung statt.

3. Kreis Wedding. Die Führung durch den Reichstag kann am Sonntag nicht stattfinden.
7. und 8. Kreis. Juristische Sprechstunde findet Sonnabend, 16. Januar, von 17—18 Uhr, im Jugendheim Roßinenstr. 4 statt. — Gelegenheit zum Kirchenaustritt.
15. Kreis Treptow und Baumschulenweg. Der Kursus „Die geistigen Machtmittel des Bürgertums und der Kampf der Arbeiterklasse" wird weitergeführt. Der nächste Kursusabend findet am 20. Januar in der Paradiesklause, Alt-Treptow 4—5, statt. Referent Genosse Schröter.
124. Abt. Sonntag, 17. Januar, Besichtigung des Großkraftwerkes Klingenberg und der angeschlossenen Treibhausanlagen. Treffpunkt 9 Uhr Bahnhof Rahlsdorf.
129. Abt. Veranstaltung der jüngeren Parteimitglieder Sonntag, 17. Januar. Wanderung zum Mühlenbecker und Summter See. Treffpunkt 9 Uhr Endhaltestelle des Autobus 8, Lindenpromenade Ecke Berliner Straße.

Frauenveranstaltung.

4. Kreis. Sonntag, 17. Januar, 10 Uhr, Besichtigung des Reichstages. Die Führung hat die Genossin Bohm-Schuch, M. d. R., übernommen. Treffpunkt Portal 5 (Wasserseite). Alle Genossinnen und Genossen werden gebeten, daran teilzunehmen.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

Wedding, Gruppe Gesundbrunnen: Sonntag, 17. Januar, Fahrt der Jung- und Roten Falken nach Birkenwerder. Treffen 8 Uhr am Bahnhof Gesundbrunnen. Montag, 18. Januar, 19½ Uhr, Gruppenhelfersitzung bei Mohr, Eulerstr. 2.

Friedrichshain, Gruppe Landsberger Platz: Zur Jung- und Rotfalkenfahrt Treffen heute 14½ Uhr Falkenecke. Kosten 85 Pf. und 60 Pf.

Kreuzberg, Gruppe Vorwärts: Achtung! Wir treffen uns morgen 9¼ Uhr an der Roten Ecke zur Fahrt nach Birkenwerder. 60 Pf. mitbringen.

Neukölln: Heimnachmittag für alle Falken morgen, Sonntag, um 17 Uhr, im Jugendheim Bergstr. 29. Ausgestaltung Gruppe Aufbau.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

43. Abt. Am 13. Januar ist unser Genosse Paul Reichert, Urbanstraße 68, nach schwerer Krankheit verstorben. Ehre seinem Andenken! Die Einäscherung findet Montag, 18. Januar, 13½ Uhr, im Krematorium Baumschulenweg statt.

SAJ Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3, vorn 1 Treppe rechts.

Heute, Sonnabend, 16. Januar.

Petersburger Viertel: Ebertystr. 12: Arbeitsgemeinschaft. — **Schönhauser Vorstadt:** Fahrt nach Rüdersdorf. Treffpunkt 19½ Uhr Bahnhof Schönhauser Allee. Schlafsack mitbringen.

Werbebezirk Mitte: Elisabethkirchstr. 18: 19½ Uhr WB.-Delegiertenkonferenz.

Werbebezirk Tiergarten: Lehrter Str. 18—19: WB.-Delegiertenkonferenz.

Werbebezirk Kreuzberg: Wochenendkursus in Rüdersdorf. Thema: „Einheit der Arbeiterklasse — Eiserne Front". Referent Genosse Weber. Abfahrt 18 und 20 Uhr Schlesischer Bahnhof.

Werbebezirk Wedding: Wabenabend Gerichtstraße. — Tambourkapelle Montag, 18. Januar, 20 Uhr, Uebungsabend, Seestr. 84. Trommler ohne Instrumente.

Werbebezirk Tempelhof: Blüthstraße, Zimmer 1, Vorstandssitzung um 21 Uhr.

Werbebezirk Neukölln: Arbeitskursus des WB.-Vorstandes 19½ Uhr Jugendheim Bergstr. 29. Es spricht der Genosse Decker.

Werbebezirk Westen: Wochenendkursus in der Jugendherberge Nowawes. Genosse Jakubowitsch spricht.

Morgen, Sonntag, 17. Januar.

Werbebezirk Neukölln: Kanner Straße. Werbebezirks-Delegiertenkonferenz um 9½ Uhr. Der Werbebezirksvorstand ½ Stunde früher. Mitgliedsbuch mitbringen.

Werbebezirk Teltowkanal: Werbebezirks-Delegiertenkonferenz um 10 Uhr im Steglitzer Jugendheim, Albrechtstr. 47.

Werbebezirk Reinickendorf: Werbebezirks-Delegiertenkonferenz 10 Uhr im Heim Reinickendorf-Ost, Lindauer Straße.

Werbebezirk Schöneberg: Werbebezirks-Delegiertenkonferenz um 9½ Uhr Barbarossastr. 5, Lokal Jürgens.

Werbebezirk Oberspree: Werbebezirks-Delegiertenkonferenz um 9½ Uhr Schöneweide, Laufener Str. 2.

Werbebezirk Pankow: Werbebezirks-Delegiertenkonferenz um 10 Uhr Blankenburg, Kleingarten-Wiesenbaude.

Vorträge, Vereine und Versammlungen

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Sebastianstr. 37—38, Hof 2 Tr.

Gauvorstand. Bei der Kundgebung im Sportpalast am 18. Januar, 20 Uhr, die im Rahmen der republikanischen Aktion stattfindet, versehen den Dienst als Saalschutz die Ortsvereine der Kreise Süden und Westen, Mitte und Friedrichshain, sowie sämtliche Spielleute und Musiker der Kreise Süden und Westen. Antreten 19 Uhr. Alle übrigen Ortsvereine unterstützen die Kundgebung durch vollzähligen Besuch. — **Mitte.** Sonnabend, 16. Januar. 8. Kameradschaft. Im großen Saal des Gewerkschaftshauses Maskenball. Eintritt 60 Pf. Anfang 20 Uhr. — **Neukölln-Britz** (Ortsverein). Montag, 18. Januar, Teilnahme der 1. Kameradschaft des Jungba sowie des Musik- und Tambourkorps an der Sportpalastkundgebung. Antreten daselbst 19 Uhr. Die Kameraden der 2., 3. und 4. Kameradschaft besuchen vollzählig die Kameradschaftsversammlung. — **Kreis VIII, Bernau.** Sonntag, 17. Januar, 10 Uhr, Kreisvollversammlung im Sitzungssaal des Gaubüros, Berlin, Sebastianstr. 37—38. Siehe Rundschreiben. — **Bohnsdorf-Grünau, Jungbanner:** Sonnabend, 16. Januar, 20 Uhr, bei Mohrs. Sonntag, 17. Januar, 9 Uhr, Treffpunkt vor dem Jugendheim.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund, Gau Berlin.

Geschäftsstelle: P. Schneider, Berlin NO. 55, Hufelandstr. 31.

Berliner Schubert-Chor — Berliner Sängerchor. Sämtliche Sänger treffen sich zu einer Vorprobe am Sonntag, 9½ Uhr, vor der Städtischen Oper, Bismarckstraße. — **2. Bezirk.** Generalversammlung am 20. Januar, 19 Uhr, im Weddinger Vereinshaus, Gerichtstr. 71. Die Vereine entsenden auf je 10 Mitglieder einen Delegierten. — **Berliner Singgemeinschaft 1930.** Der der Gemeinschaft angeschlossene Kinderchor der weltlichen Schulen Pistoriusstr. 5—6 übt Montags von 18—20¼ Uhr. Anmeldungen daselbst oder beim Vorsitzenden Willi Brumm, Posener Str. 26 III.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, 11 Uhr, Pappelallee 15, Vortrag des Herrn E. Mühlhauer: Die soziale Frage und das Rassenproblem. Abends 7 Uhr geselliger Abend. Gäste willkommen.

Vereinigung ehemaliger Kriegsgefangener, Berlin-Osten. Sonnabend, 16. Januar, 20 Uhr, im Lokal Joh. Deichle, O. 34, Tilsiter Str. 79.

Republikanische Rednervereinigung. Montag, 20 Uhr, Vortrag des Genossen G. Müller über: „Deutsch-französische Verständigung". Republikaner als Gäste willkommen. Restaurant „Alter Askanier", Anhalter Str. 11.

Briefkasten der Redaktion.

A. Z. Anfragen ohne Abonnementsquittung und ohne Namensnennung beantworten wir grundsätzlich nicht.

Gegen Röte der Hände und des Gesichts

sowie unschöne Hautfarbe verwendet man am besten die schneeig-weiße Creme Leodor, die gleichzeitig eine vorzügliche Unterlage für Puder ist. — Die kühlende und heilende Wirkung tritt besonders im Winter in Erscheinung, wenn Hände und Gesicht durch Einwirkung der Kälte stark gerötet sind. Auch bei spröder und aufgesprungener Haut, insbesondere bei dem so lästigen Juckreiz der Haut, leistet die Creme vorzügliche Dienste. In allen diesen Fällen trägt man sie in dünner Schicht auf und wiederholt dies mehrmals täglich, abends in stärkerer Schicht. Der nachhaltige Duft dieser Creme gleicht einem taufrisch gepflückten Frühlingsstrauß von Maiglöckchen, Veilchen und Flieder, ohne jenen berüchtigten Moschusgeruch, den die vornehme Welt verabscheut. — Leodor-Kühl-Creme, rote Packung; Leodor-Fett-Creme, blaue Packung. — Wirksam unterstützt durch Leodor-Edel-Seife. — Unter-Vorkriegspreise. — In allen Chlorodont-Verkaufsstellen erhältlich.

Hans Bauer: Der Lebensretter

Der alte Meier sitzt verstört an seinem Schreibtisch. Er hat dieses Leben namenlos satt. Er ist entschlossen, dieses freudlose, einsame, von den schrecklichen Gichtanfällen heimgesuchte Dasein von sich zu werfen. Er ordnet noch etwas an seinen Papieren. Dann besteigt er einen Stuhl, um sich am Kleiderhaken zu erhängen. Eben legt er den Kopf in die Schlinge, als die Tür aufspringt und ein Kerl mit schwarzer Gesichtsmaske und mit vorgehaltenem Revolver hereinstürzt.

„Kein Wort!", brüllt der Eindringling, „oder ich schieße . . .!"

An die Ohren des alten Meier klingen diese Worte wie aus unendlicher Ferne. Ein Mensch in seiner Stube? Er stiert den Kerl an und begreift nicht.

„Kein Wort!", zischt der Einbrecher noch einmal, „kein Wort oder es knallt! Den Schlüssel zum Geldschrank her!" Er geht auf den alten Meier zu, immer den Revolver vor sich herschiebend, kommt erst allmählich zum Bewußtsein der Seltsamkeit der Lage, stockt und fragt erstaunt: „Was soll denn das . . .? Was tun Sie da . . .?" Aber schnell wird er wieder mißtrauisch, vermutet, daß eine Komödie hier gespielt wird, und fordert von neuem: „Den Schlüssel her! Ich zähle bis drei!"

„Schießen Sie", fleht Meier. „Schießen Sie . . . oder ich schreie!" Und als ob er den Tod auf zweifache Weise herbeirufen wolle, schiebt er mit den Füßen den Stuhl von sich.

Der Einbrecher springt an den alten Meier heran, reißt mit einem mächtigen Ruck den Kleiderhaken aus der Wand und befreit Meiers Kopf aus der Schlinge.

Der alte Meier stürzt dem Einbrecher vor die Füße: „Haben Sie Achtung vor dem Tode! Lassen Sie mich sterben! Schießen Sie! Ich flehe Sie an! Schießen Sie oder ich schreie, daß das Haus zusammenläuft!"

Der Einbrecher ist sprachlos. Schließlich steckt er zögernd seinen Revolver in die Tasche, legt seine Rechte besänftigend auf Meiers Mund und stottert heraus: „Seien Sie vernünftig . . . Ich . . . ich meine es nicht böse . . . Das ist ja alles Narrheit, was Sie reden! „Und er packt den Geretteten, hebt ihn hoch und trägt ihn auf die Chaiselongue. Bleich, ermattet, bleibt der Lebensmüde liegen. Der Einbrecher sieht auf einem Regal eine Flasche Kognak stehen. Er füllt das Getränk in ein Wasserglas und labt seinen Schützling damit. Nach einer Weile beklommenen Schweigens fragt er: „Warum haben Sie denn das tun wollen?" Der alte Meier antwortet leise, er sei ein alter, kranker Mann und einer ohne Anhang dazu. Er erwarte nichts mehr vom Leben, er sei seiner überdrüssig.

Der Einbrecher fragt lauernd: „Aber Sie sind doch ein reicher Mann."

Ein schwaches Lächeln fliegt über Meiers Gesicht. „Reich bin ich nie gewesen, aber ich habe allerdings sorgenlos leben können."

Der Einbrecher versucht zu trösten: „In diesen dreckigen Zeiten sorglos leben können: ist das nicht auch schon allerhand?" Er erzählt von sich: Bei ihm, da sei es auch schon einige Male nahe daran gewesen, daß er Schluß machen wollte. Damals zum Beispiel, als er das erstemal habe sitzen müssen. Heute bereue er es keineswegs, von dem unsinnigen Gedanken schließlich wieder abgelassen zu haben. Ueberhaupt: lebensmüde! Was heiße denn das! Das sei doch Stimmungssache. Heute sähe man die Welt grau in grau. Morgen sei das alles wieder vorüber: morgen fasse man wieder neue Hoffnung. Der Einbrecher setzt noch einmal das Glas an Meiers Mund. Der trinkt willig. Die blasse Farbe seiner Wangen wandelt sich in leichtes Rot. Das Bewußtsein ist wieder völlig in ihn zurückgekehrt. „Was soll das nun eigentlich alles?", fragt er. „Sie sind doch gekommen, um . . ."

„Reden wir nicht davon", fällt ihm der Einbrecher ins Wort. „Gewiß, ich bin eigentlich nicht hierhergekommen, um die Krankenschwester zu spielen, aber man ist ja human, man hat ein Herz im Leib. Hier, wo es um ein Menschenleben geht, da lasse ich gern die Geschäftsrücksichten beiseite. Fühlen Sie sich wohler? Wollen Sie noch einen Schluck Kognak? Soll ich Ihnen eine Decke holen?"

Meier wehrt ab.

Von der Straße herauf klingt jetzt ein kurzer Pfiff. Der Einbrecher stutzt. Greift dann an seinen Kopf: „Jetzt habe ich wahrhaftig ganz vergessen, daß meine Tochter . . ." Er eilt an das Fenster. Oeffnet es. Flüstert etwas auf die Straße hinab. Geht dann zu Meier zurück. Sagt zur Entschuldigung: „Anita, meine Tochter, steht unten Schmiere. Das arme Ding ängstigt sich, wenn ich nicht wiederkomme. Sie gestatten sicher, daß ich sie heraufgerufen habe."

Der alte Meier läßt alles mit stillem Staunen geschehen.

Schon knistern Anitas Schritte. Der Einbrecher geht ihr bis zum Korridor entgegen. Ruft ihr leise den Weg zu. Im Zimmer klärt er sie schnell über die Lage auf. Und nun sei es ihre besondere Pflicht als Frau, sich des Erschöpften anzunehmen. Dabei gibt der Einbrecher seiner Tochter einen leichten Stoß und sieht sie aufmunternd an. Anita erfaßt rasch, was das bedeuten soll. Sie setzt sich zu dem alten Meier auf die Chaiselongue, legt die Hände auf seine Stirn und fragt, ob er Kopfweh habe. Meier verneint. Der Einbrecher lacht: Wie bunt das Leben sei! Wenn er nun hier nicht hätte einbrechen wollen, dann hinge der Herr Meier jetzt dort am Kleiderhaken und stecke die Zunge heraus. Morgen kamen dann die Leute und erschreckten sich vor ihm. Einen schönen Anblick böte so ein Erhängter keineswegs: er habe einmal in seinem Leben einen gesehen. Brrr: das Essen schmecke ihm den ganzen Tag nicht, wenn er an das abscheuliche Bild denke. Anita schüttelt sich. Wie er aber nur auch auf einen so hirnverbrannten Einfall habe kommen können! Das elendste Leben sei besser als der schönste Tod — und gar als ein so häßlicher Tod. An einem Faden baumeln . . . greulich, jämmerlich . . . Er müsse das Lustigsein wieder lernen. Anita steckt sich eine Zigarette an und schiebt ihrem Trostbefohlenen eine zweite in den Mund. Der Einbrecher hilft mit einem neuen Kognak nach. Meier wird allmählich munterer und unter dem guten und beflügelnden Zureden seiner Gäste neigt er immer mehr dazu, das Vergangene zu vergessen und eine bescheidene Freude an der Eigenart der Situation zu finden. Und wie dann gar Anita, die hübsche junge Anita, ihre Arme um ihn, den alten Mann, schlingt, da läßt er sich das gern gefallen und es will ihm scheinen, der Einbrecher habe mit seinem Lebensoptimismus vielleicht gar nicht so Unrecht gehabt.

„Eine Frau gehört hier herein", sagt Anita, „eine Frau, die Sie aufheitert. Schließlich können Sie sich ja auch eine leisten."

„Woher wissen Sie das?", fragt Meier.

Anita zwinkert mit den Augen: „Geschäftsgeheimnis! Und Geschäftsgeheimnisse würden nicht preisgegeben.

Als Reaktion auf seine Todesbereitschaft ist in dem alten Meier allmählich eine laute Fröhlichkeit erwacht. Anita unterstützt sie aufs beste. Sie wird nicht müde, den vom Tode Geretteten über die Haare zu streichen und sich zärtlich um ihn zu bemühen. Der Einbrecher tut das seine und malt von Zeit zu Zeit das abschreckend düstere Bild eines am Kleiderhaken verendeten Herrn Meier.

Meier will davon nichts mehr wissen.

Der Einbrecher betont nur noch stärker, ein wie großes Uebel der Tod sei und berichtet von Menschen, die die Todesqual besonders furchtbar gefühlt hätten.

Meier wehrt ab, wird immer fröhlicher und bekennt, daß er die größte Dummheit seines Lebens hätte begehen wollen.

„Hätten Sie jetzt noch Lust, dort an dem Haken zu zappeln?" fragte der Einbrecher.

„Um alles in der Welt nicht", sagte Meier und legt seine Hand aufs Herz. Anita ist auf dem Posten und prustet Meier zu. Die Gläser klirren aneinander — — aber wie der alte Meier absetzt, da hat der Einbrecher seinen Revolver aus der Tasche gezogen und sagt hart und scharf: „Heraus jetzt mit dem Geldschrankschlüssel! Heraus damit! Beim Teufel! Ich schieße bei drei! Und das wäre wohl jetzt etwas unwillkommener als vorhin! Vorwärts! Eins . . ."

Meier ist starr vor Schrecken und hebt zum Sprechen an.

„Ruhe", befiehlt der Einbrecher, „keine langen Geschichten! Ich weiß, daß sie seit vorgestern 8000 Mark im Hause haben. Ich bin genau informiert. Den Schlüssel heraus oder es knallt."

Meier wankt, von dem Revolver des Einbrechers verfolgt, auf seinen Schreibtisch zu, öffnet ein Kistchen, entnimmt ihm einen Schlüssel, gibt ihn zitternd dem Einbrecher.

Der Einbrecher stürzt auf den Geldschrank zu und packt Meier an der Gurgel.

„Das Geld", flattert Meier, „die 8000 Mark, die holte ich heute nachmittag auf die Bank geschafft, weil ich mir das Leben nehmen wollte."

„Sie lügen! Heraus mit dem Geld! Es muß irgendwo versteckt sein."

Meier weist schüchtern auf den Schreibtisch. „Dort liegt die Quittung!"

„Was haben Sie sonst hier an anderem Geld oder Wertsachen?"

„Gar nichts. Die Schmucksachen habe ich zu Geld gemacht und dieses mit allem anderen zur Bank geschafft, damit die Erbschaftsdinge leichter zu regeln wären."

Der Einbrecher japptst nach Luft. Der alte Meier bietet dem Einbrecher an, die ganze Wohnung zu durchsuchen. Er könne mitnehmen was er wolle, denn schließlich sei er ihm zu Dank verpflichtet.

Der Einbrecher knirscht, er sei nur auf Gelddiebstahl eingerichtet, und schnauzt schließlich: „Komm Anita" und fügt hinzu: „Dies ist ein verfluchtes Haus. „Krachend fliegt die Tür ins Schloß.

Der alte Meier hebt, wie er allein ist, die Arme hoch in die Luft und fühlt neuen Lebensmut durch alle Glieder rinnen. Dann erbarmt er sich des Strickes, der noch immer auf dem Boden liegt und wirft ihn zum Fenster hinaus, daß der Einbrecher ein Andenken habe oder nach Belieben sich selbst an ihm aufhänge.

Dr. Reinh. Zenz: Berliner Kaschemmen

Eine Nacht in der Unterwelt der Großstadt

Es bedarf wirklich guter Tips, um die Lokale aufzufinden, wo die „Ganoven" ganz unter sich sind. Man muß wissen, wann der „Nordring", oder einer der anderen Vereine, die unter dem harmlosen Schild eines Lotterie- und Kegelvereins firmieren, ihren Vereinsabend haben. Man muß auch möglichst an einem Freitag oder Samstag diese Lokale aufsuchen, wenn die Unterstützungen ausgezahlt worden sind und das Geld angelegt wird, damit es in der Tasche nicht Rost oder Grünspan ansetzt. Am Anfang der Woche ist das Geld rar, wenn nicht gerade zufällig der „Meckerede" mit seiner Kolonne ein „Ding gedreht" hat und „groß angeben" kann. Und dennoch, obwohl die „große Molle" Bier nur zwei Groschen kostet und das ganze Kaschemmengeschäft auf Pfennigen basiert, soll es manchen „Boß" (Kaschemmenwirt) geben, der sein eigenes Auto fährt und im Westen eine Villa besitzt. Eine bekanntere Kaschemme wird von einem Wirt geleitet, der studiert hat und der, wenn man sein Vertrauen erwirbt, höchst scharfsinnige Beobachtungen über seine Gäste mitzuteilen weiß. Als Boß steht er sich sicher besser als mancher Akademiker, der in der Großstadt verzweifelt um seine Existenz ringt.

Es ist längst ein offenes Geheimnis, daß die Ganoven ausgezeichnet organisiert sind, sie achten aber auch scharf auf Standesunterschiede. Da gibt es zum Beispiel eine Kaschemme, in der nur „Penner" verkehren, kaum, daß sich einer hinverirrt, der eine feste „Bleibe" hat. Die Penner gehören zu den Aermsten der Armen, aber nicht zu den Sorgenvollsten. Reicht das Geld, schlafen sie in der „Palme", dem Obdachlosenasyl, sonst je nach der Witterung in Laubenkolonien, unter Brückenbögen und auf Hausböden.

Der Besucher einer Kaschemme wird argwöhnisch beobachtet, ob er nicht von der „Polente" ist. Dann müßte man vielleicht „einen Satz machen", das heißt ausreißen. Einige Lagen Bier und einige „Stiefel", große Glasgefäße, die mehrere Liter fassen, stellen Vertrauen her, rufen aber auch eine gewisse Aufdringlichkeit wach. Die wenigen Zigaretten sind sofort „vergriffen". Man muß nachkaufen, um alle Rauchhungrigen zu befriedigen. Einer, die Mütze schief auf dem Ohr, zieht eine mächtige gefleckte Bulldogge herbei und hält ihr ein brennendes Streichholz hin. Das Tier springt hoch, und im Zuschnappen löscht es das Feuer.

„Prachtvolles Tier, was soll es kosten?" „Können Sie nicht bezahlen, fuffzehnhundert Eier sind mir dafür geboten." „Ist ja doch geklaut." „Nee, diesmal nich, hat mir ne Dame in Kommission gegeben." Die Umstehenden lachen.

Ein blasser, blonder Pole mit auseinanderstehenden Zähnen blinzelt und flüstert: „Sie sind doch für ne Mark fuffzig stark! Hören Sie mal zu, wenn Sie rausgehen, schieben Sie mir die unauffällig in die Hand." „Na, und wofür?" „Ich möchte die Nacht mal schlafen, sonst muß ich stehlen gehen."

Ein Neuangekommener tauscht erbettelte Butterbrote gegen Zigaretten ein. Das Interesse flaut schnell ab, und mit Unbehagen fühlt man sich als Mittelpunkt eines immer stärkeren Gedränges. Ein Glück, daß die Zeche inzwischen erledigt ist. Jetzt bei der nächstbesten Gelegenheit „türmen". Sie findet sich bald. An einem Tisch, der abseits steht, springt ein Penner mit wilden Augen und hochrotem Kopf auf und beschimpft wütend seine Nachbarn, die ihn auslachen.

„Lassen Sie doch den, das ist 'n Knallkopp", sagt der Pole, „geben Sie mir wenigstens ne Mark." „Knallkopf" hat den Jagdschein § 51.

Der Knallkopp fängt an zu randalieren, es droht eine allgemeine Prügelei, und somit ist es möglich, unauffällig zu verschwinden. Nur der Pole kommt auf die Straße nach: „Na, auch nicht 'n Fuffziger?"

Eine andere Kaschemme, der Stamm ganz ähnlich, nur ältere Semester. Demgemäß geht es auch ruhiger zu. Das Sichanbiedern, um eine Molle oder eine Zigarette zu schnorren, geschieht nicht in so aufdringlicher Weise. Sie bemühen sich, die Aufmerksamkeit in höflicher Form zu erregen. Einmal ins Gespräch gekommen, erzählen sie lange Enden. Ein Baumlanger, mit den Ueberresten eines ehemaligen Zylinders auf dem Kopf, die wie ein Hahnenkamm wirken, zeigt gleich seine Papiere, um seine Erzählung zu beweisen. „Dem Namen nach sind Sie Litauer?" „Ja, aber kein Szameite, ich bin Preußisch Litauer." „Können Sie litauisch?" und gleich legt er los. „Gedient in Königsberg, zwei Jahre französische Gefangenschaft." „Parlez vous francais?" Wir sprechen einige Sätze französisch. „Sie sprechen sehr gut, da müßten Sie sich eigentlich mit der roten Jule drüben unterhalten, die ist Luxemburgerin. Aber Sie haben ja einen Trauring, schade, da haben Sie wohl kein Interesse." Ein internationales Völkchen, viel Russen und Polen, aber auch Italiener, ja Mulatten. Die Hände, die man sieht, sehen alle nicht nach Arbeit aus. Alle suchen natürlich „Arbeit", aber ein bißchen betteln, „ifeddern" oder „luden" ist bequemer.

Das Zeigen der Papiere wirkt ansteckend. Da schiebt sich ein Hüne heran, blonder, bildhübscher Bengel, Typ eines modernen Sportlehrers. „Donnerwetter, haben sie mir den Seemannspaß geklaut! Heut hab ich mich als Maschinist ablohnen lassen, und jetzt ist der Paß fort. Wenn ich den Kerl erwische, dann gibt's „Umschlag" (Keilerei), und wenn ich ihn „lang mache" (totschlage)." Der Paß wird inzwischen schon geschickt gefälscht sein und auf einen anderen Namen lauten.

Eine andere Kaschemme. Ein Kellerlokal, deren es nur noch wenige gibt. Vorne Stehbierhalle, daneben „Gaststube" mit Plüschsofas ohne Federn. Hier sind auch mehr Frauen, was das Milieu und die Art der Ganoven charakterisiert. Es sind schwere Jungen, die vor nichts zurückschrecken, die ebenso gut einen Geldschrank knabbern, eine Wohnungstüre „kanten" oder einem die „Padde zobdeln" (berauben), wenn er „dicke Marie" (eine gespickte Brieftasche) hat. So lange es geht, machen sie sich das Leben bequemer. Während die Hauskapelle, bestehend aus Mandoline und Gitarre, das Lied vom „treuen Husaren" spielt, schreit am Nebentisch einer seine Nachbarin an: „Wat, nur een Weisamann (Fünfmarkstück)?" Und der Gitarrespieler ruft ihm, ohne sein Spiel zu unterbrechen, höhnische Worte zu, die nicht wiederzugeben sind. Ein unbehagliches Milieu.

Es gibt auch Kaschemmen, in denen es gemütlicher zugeht, in denen man keine Sorge um seine „Marie" oder gar um seine Haut zu haben braucht. Da sitzen die Gäste wie eine große Familie zusammen, unterhalten und frozzeln sich gegenseitig. Das engumschlungene Liebespaar in der Ecke bleibt unbeachtet. Der Klavierspieler hat zwar keinen Kragen, aber ein kokettes Spitzentuch hängt ihm aus der Brusttasche. Die bärtige Alte mit Stelzfuß schlägt mit der Krücke den Takt zur „Liebe der Matrosen", ein Lied, das in allen Kaschemmen gesungen wird. Ein Kerl mit Schweinsäuglein im pfiffigen Pausbackengesicht trägt für eine Molle überaus derbe Gedichte vor, daß ihm „Amanda" energisch die — Unanständigkeiten untersagt. Amanda hat sich nämlich nicht nur zu einer Molle eingeladen, sie erzählt auch gerade, daß sie aus einer Beamtenfamilie aus Potsdam stammt und einen jungen Prinzen betreuen durfte. Man könnte es ihr sogar glauben, denn sie sieht sehr respektabel aus und auch sehr jugendlich mit ihren 65 Jahren. Sie hat nur den Fehler, daß ihr Durst nie alle wird.

Ein Kaschemmenball ist selbst für die Ganoven das Höchste der Gefühle. Man denke dabei aber ja nicht an Apachentracht und Apachentänze. Das geräumige Konditoreicafé, kleinbürgerlich mit Papiergirlanden geschmückt, hat ein auf den ersten Blick sehr achtbares Publikum. Aber alles, was hier versammelt ist, geht zweifelhaften Berufen nach. Hier gibt es junge „Raben" und ältere „Taschenkrebse", hier trifft sich unauffällig eine Kolonne, die ein Ding gedreht hat und die „sore verschärfen", dem Hehler das Diebsgut verkaufen will. Hier treiben sich auch „Fünfgroschenjungens" herum, die ihren Nebenverdienst darin suchen, einen Ganoven der „Polente" zu „verpfeifen". Das läßt sich hier alles so unter der Hand machen, weil es auf dem Kaschemmenball lustig zugeht und einer nicht so auf den anderen aufpaßt. Hier legt man auch schon mal Hut und Mantel ab, was in den anderen Kaschemmen nicht üblich ist. Nur die vorsichtig sein müssen, trinken so wie sie sind ihre Molle am Schanktisch.

So hat die Unterwelt der Großstadt ihre Stufen und Kreise genau wie Dantes Inferno, nur daß es hier keine „Verdammte" gibt, höchstens „Vorbestrafte".

Wiegenlied einer Landstreicherin

Der Mond bleibt hinter den Wolken heut.
Das ist nun deine erste Nacht.
Noch manche wird dir werden so . . .
Ich hab dich am Feldrain zur Welt gebracht.
Schlaf ein, schlaf ein, ich weiß kein Lied.
Schlaf ein, schlaf ein, ich bin so schlapp und müd'!

Die Nacht ist schwarz. Und ich bin arm.
Wer mag dein Vater sein?
Ob er wie du jetzt friert und weint?
Ach, könntest du wieder in mich hinein . . .
Schlaf ein, schlaf ein, ich weiß keine Melodie.
Schlaf ein, schlaf ein, ich bin so kaputt wie noch nie.

Wenn du dann morgen früh erwachst . . .
Vielleicht bin ich schon steif.
Mein Blut tropft wie ein kleiner Quell.
Du kleine Made machtest zu früh mich reif.
Schlaf ein, schlaf ein, mein süßes Lieb.
Schlaf ein, schlaf ein . . . und mir vergib . . .

Hellmut Klose.

Die größten Städte der Erde sind London und New York; London hat mit seinen Vororten 7,8 Millionen Einwohner, New York 6 Millionen. Im Jahre 1800 zählten die beiden Städte 1,3 Millionen bzw. 60 000 Einwohner. New York war also damals nicht größer als heute die Stadt Braunschweig. Sein Wachstum beträgt 9900 Prozent. Auf einen New-Yorker im Jahre 1800 kommen heute 100.

Junge Alligatoren bieten in ihrer weichen Haut ein sehr schönes Material, das, wenn es gegerbt ist, ein sehr gleichförmiges Leder abgibt und sich dadurch von der Haut der älteren Alligatoren unterscheidet, die hart und ungleich gefärbt ist. Fast jeder Teil des toten Alligatoren läßt sich zu Geld machen. Die Zähne liefern ein leuchtenderes Elfenbein als die Elefantenzähne und lassen sich zu den feinsten Schmuckstücken verarbeiten.

Einheitsgemisch – reine Subvention!

Ganz unmögliche Treibstoffpläne.

Ueber die Notwendigkeit einer grundlegenden Reorganisation der deutschen Treibstoffwirtschaft besteht kein Zweifel. Der Kampf der internationalen Erdölmächte um die Belieferung des deutschen Marktes, verschärft durch die Interessen der inländischen Erzeugergruppen — des Bergbaues, des Chemietrusts, der ostelbischen Landwirtschaft und der neu belebten deutschen Erdölgewinnung — hat zu einer phantastischen Uebersetzung des Vertriebsapparates der deutschen Treibstoffversorgung geführt.

In dem Wettrüsten der Konzerne

sind viel zu große und zu zahlreiche Verarbeitungs- und Tankanlagen, Röhrenleitungen, Transportmittel und Zapfstellen gebaut worden, die bequem die Verbrauchsmengen eines ganzen Jahres beherbergen könnten. Mehr als 50000 Zapfstellen stehen für 700000 im Betrieb befindliche Kraftwagen zur Verfügung, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß die Hälfte des Treibstoffverbrauchs auf Großverbraucher mit eigenen Tankanlagen entfällt.

Unter einer Unzahl von Spezialmarken und Spezialgemischen kann der Automobilist sich seinen Treibstoff auswählen. Das ist aber auch der einzige „Vorteil", den er hat. Die Kosten des erbitterten Konzernkampfes und der Zersplitterung muß der deutsche Verbraucher bezahlen. Alle die um die Beteiligung am deutschen Verbrauch kämpfenden Gruppen,

von Rockefeller bis zu den Sowjets, vom Ruhrbergbau bis zu den ostelbischen Schnapsbrennern,

sind geeint in der Betriebsstoffkonvention und halten sich auf Kosten der Kraftverkehrswirtschaft durch gemeinsame Preisüberhöhungen für ihre unwirtschaftlichen Investitionen schadlos.

Es liegt der Gedanke nahe, daß diese krassen Mißstände nur durch einen staatlichen Eingriff beseitigt werden können.

Aber die Pläne, die in den letzten Tagen bekannt wurden,

nach denen uns ein Einheitsgemisch mit überwiegendem Anteil deutscher Treib- und Mischstoffe (Kraftsprit, I.-G.-Benzin, Methanol, Benzol und deutschem Erdöl) beschert werden soll, nach denen für die Einfuhr von Auslandsbenzin Lizenzen vergeben werden sollen, haben mit diesem Ziel nichts zu tun. Selbst der an sich durchaus zu fördernde Plan einer stärkeren Vereinheitlichung der Marken, die aber wahrscheinlich nur im Rahmen eines Staatsmonopols durchzuführen ist, wird in diesem Projekt diskreditiert.

Diese Pläne laufen auf keine volkswirtschaftlich vernünftige Reorganisation der deutschen Treibstoffwirtschaft, sondern auf einen angesichts der Kosten und der Verbraucherbelastung nicht zu rechtfertigenden Protektionismus bzw. auf Riesensubventionen zugunsten der einheimischen Erzeugergruppen hinaus. Sie würden keine Verbilligung, sondern eine fühlbare Verteuerung für die Kraftverkehrswirtschaft bewirken.

Politik der Interessenten.

Nach den Plänen, die ganz deutlich den Stempel der hinter ihnen stehenden Interessenten zeigen, soll in Zukunft der deutsche Treibstoffbedarf in Höhe von 1,5 Millionen Tonnen Treibstoff zu 50 Proz. aus deutschen Erzeugnissen bestehen. Einige Gruppen der deutschen Erzeuger sind auch durch diese verstiegenen Projekte noch nicht zufriedengestellt.

Der Landwirtschaft hat man großzügig eine Erhöhung der Kraftspritbeimischung von 6 auf 10 Proz. zugesagt, aber die Brennereien verlangen nicht bloß die von den Projektemachern bereits bewilligte Quote, sondern sie verlangen sogar einen zwölfprozentigen Spiritusverwendungszwang.

Da der Bergbau sich mit der ihm zugebilligten 10prozentigen Benzolquote benachteiligt fühlt, hat die I. G. in einer gestrigen Erklärung wohlwollend betont, daß „dieser Prozentsatz für Benzol nicht ausreichen dürfte . . . Die Einführung eines Einheitsbetriebsstoffes müßte davon ausgehen, daß alle in Deutschland erzeugten Treibstoffe vorweg verbraucht werden". Die I. G. hat ferner in dieser Erklärung versichert, daß sie ihre Benzinproduktion (gemeint ist wohl die Hydrierung von Rohöl zu Benzin in den Leuna-Werken) auf die in dem Projekt erwähnten 350 000 Tonnen jährlich zu steigern imstande wäre und auch die ihr ferner zugeteilten 150 000 Tonnen Methanol in kurzer Zeit produktionsmäßig erreichen könnte.

Und nun kommt das große Wunder: Obwohl 1 Liter Kraftsprit in der Herstellung 30 Pf. kostet, 1 Liter Methanol etwa 25 Pf., also das Achtfache bzw. das Vierfache der gegenwärtigen Importpreise für Benzin und die inländische Erdölgewinnung, die Herstellung von Leuna-Benzin sowie die Benzolproduktion durch gewaltige staatliche Subventionen begünstigt werden, soll das neue Einheitsgemisch keine neue Belastung für die Verbraucher bringen!

Die falschen Kosten des Projekts.

Wir wollen überschlägig an ein paar Beispielen zeigen, welche Mehrkosten und Subventionen sich nach diesem Plan ergeben würden.

Der gegenwärtige Spiritusbeimischungszwang von 6 Proz. bedeutet bereits eine Belastung von 3,75 Pf. pro Liter Treibstoff. Seine Erhöhung auf 10 Proz. Spiritusverwendung würde diese „Alkoholbelastung" der Automobilisten auf 6,3 Pf. pro Liter Treibstoff steigern, während nach den Angaben der Benzinkonvention der gegenwärtige Importpreis für Auslandsbenzin 6,6 Pf. pro Liter beträgt.

Die staatliche Subvention, die die Benzingewinnung der I. G. durch den Mineralölsteuererlaß auf dem Verwaltungswege bzw. durch die Nichterhöhung der Ausgleichssteuer genießt, beläuft sich bei einer Jahresproduktion von 100 000 Tonnen auf rund 12 Millionen Mark im Jahr. Bei einer Erhöhung der I.-G.-Produktion auf 350 000 Tonnen würde diese Subvention auf mehr als 40 Millionen Mark im Jahr gesteigert werden. Selbstverständlich müßte auch die Methylalkoholproduktion staatlich subventioniert werden oder die Verwendung von Methylalkohol im Einheitstreibstoff zu einer starken Verteuerung führen.

Wenn diese Pläne also verwirklicht würden, so würden entweder die Treibstoffpreise noch gewaltig verteuert werden, oder bei Beibehaltung der jetzigen Preise müßte der Staat die Mehrkosten tragen, indem er auf eine Besteuerung der inländischen Treibstoffe verzichtet.

Nach den Zahlengrößen des Planes würde die Reichskasse einen steuerlichen Einnahmeausfall von mehr als 100 Millionen Mark haben,

und mit diesem Opfer würde eine zum Teil völlig unwirtschaftliche einheimische Treibstoffproduktion forciert und subventioniert werden. Es ist andererseits ganz klar, daß derartige Riesenopfer volkswirtschaftlich nicht zu rechtfertigen sind, daß aber auch der Staat auf derartig große Einnahmebeträge in der gegenwärtigen Finanznot gar nicht verzichten kann. Die Subventionsbeträge für die einheimischen Treibstoffinteressenten müßten anderweitig aufgebracht werden, beispielsweise durch Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer; letztlich würde die Kraftverkehrswirtschaft und die Gesamtwirtschaft aus dieser Entwicklung schwersten Schaden erleiden. Wir hoffen, daß die zuständigen Stellen, der Reichswirtschaftsminister Warmbold und der Reichsfinanzminister Dietrich, zur Beruhigung der Oeffentlichkeit bald eindeutig erklären lassen, daß ihren Ressorts diese verstiegenen und volkswirtschaftlich schädlichen Pläne fernliegen und sie derartige Interessentenprojekte aus volkswirtschaftlichen und staatsfinanziellen Rücksichten ablehnen.

Reichsbahn senkt Küstenkohlentarife.

In Verbindung mit der Gütertarifsenkung auf Grund der Notverordnung führt die Reichsbahn ab 16. Januar auch eine Senkung der Küstentarife für Kohle durch.

Diese Küstenkohlentarife finden Anwendung bei dem Kohlenversand aus inländischen Revieren nach den Küstengebieten, weil diese infolge des starken Konkurrenzkampfes mit der ausländischen Kohle, insbesondere mit der englischen, ein heftig umstrittenes Absatzgebiet sind. Die jetzt durchgeführte Tarifsenkung für diesen Versand versucht den Vorsprung, den die englische Kohle durch die Entwertung des Pfundes gewonnen hat, zum Teil auszugleichen. Die Küstentarife werden bei Kohlensendungen für den Ortsverbrauch in den Hafenplätzen um 1 Mark und nach den übrigen Plätzen des Küstengebietes um 50 Pf. je Tonne gesenkt. Die Frachtsätze für Bunkerkohle (Schiffskohle) liegen um 1 Mark unter den Sätzen für den Ortsverkehr, sind also um 80 Pf. bis 1,30 Mark ermäßigt. Eine weitere Senkung für Bunkerkohle um 70 Pf. je Tonne wird bis zum 30. September 1932 festgesetzt. Die Frachten für Ausfuhrkohle, die bereits im Juni 1930 um 3 bis 5 Mark je Tonne abgebaut wurden, werden im Verkehr von Schlesien nach Stettin um 60 Pf. je Tonne gesenkt, und im übrigen wird mit vorübergehender Gültigkeit eine allgemeine Senkung um weitere 20 Pf. eintreten.

Neue Brotteuerungsgefahr.

Wieder die Auswirkungen von Schieles Großagrarierpolitik

Die Organisationen des Bäckergewerbes verweisen die Regierung auf die Gefahr der steigenden Mehlpreise und die Verfassung der deutschen Produktenbörsen, die sicherlich mehr als bedenklich ist. Das Angebot, besonders das Angebot an Roggen, verknappt sich immer mehr und die Preise steigen. Wir geben dazu folgende Uebersicht:

	Anfang Januar	Mitte Januar (Berliner Produktenbörse)
Weizen pro Tonne	216—218 M.	222—224 M.
Roggen pro Tonne	185—187 „	196—198 „
Weizenmehl pro 100 Kilogr. .	26,50—27,60 „	27,50—31,25 „
Roggenmehl pro 100 Kilogr. .	25,50—27,60 „	27,00—29,25 „

Es fällt vor allem die starke Steigerung für Roggen und Roggenmehl auf. Der Roggenpreis hatte bereits Anfang dieser Woche die Grenze von 200 M. überschritten. Wenn er wieder zurückgefallen ist, dann liegt das wirklich nicht daran, daß sich die Lage erleichtert oder verbessert hätte. Es handelt sich um eine Zufälligkeit. Das Angebot an Roggen ist dauernd äußerst knapp. Die Börsenberichte unterstreichen das tagtäglich. Hier zeigen sich die Folgen der schlechten Roggenernte und auch die Folgen der Schieleschen Futtermittelpolitik. Durch sein Maismonopol, durch verschiedene Subventionen auf die unerhört hohen Zölle hält der Reichsernährungsminister die Futtermittelpreise künstlich hoch. Der Landwirt, besonders der kleine Landwirt, kann die hohen Futtermittelpreise nicht anlegen. Er verfüttert also seinen Roggen. Der Roggen wandert nicht in den Backtrog, sondern in den Viehtrog. So ist es zur Desorganisation unserer Getreidemärkte gekommen. Die Folgen würden sich noch mehr zeigen, wenn der Reichsernährungsminister durch die ihm nahestehenden Institute nicht schon seit längerer Zeit ausländischen Roggen auf den Markt werfen würde, der zu einem verbilligten Zoll eingeführt wird. Wie die Preisbewegung aber beweist, reicht die Hilfe nicht aus. Wenn das so weiter geht, wird der Roggenpreis bald weit über 200 M. steigen und wir werden in Deutschland die schönste Brotpreissteigerung inmitten drei Preissenkungsaktion erleben.

Für den Reichsernährungsminister ergibt sich die Pflicht, so bald wie möglich dem Getreidemarkt Material aus dem Auslande zuzuführen und die Zölle zu senken.

Englische Schutzzollmauern übersprungen.

Die Ausländer bauen Fabriken in England.

Die englische Industrie ist gegenwärtig gegenüber dem Ausland durch eine doppelte Schutzmauer gesichert: erstens durch die Entwertung der englischen Währung, zweitens durch die kürzlich geschaffenen Schutzzölle, die für zahlreiche Industrieerzeugnisse vielfach bis zu 100 Proz. des Wertes betragen. Die Folge ist, daß eine Reihe ausländischer Firmen, für die bisher der Absatz nach England einen wesentlichen Teil ihres Umsatzes bildete, jetzt auf englischem Boden Fabriken errichten.

Wenige Tage nach der Bekanntmachung über die neuen Zölle, entschloß sich der holländische Philips-Konzern, seine englische Tochtergesellschaft erheblich auszubauen. Jetzt sollen, wie die Londoner Handelskammer bekannt gibt, eine Reihe deutscher, holländischer und französischer Firmen damit beschäftigt sein, größere Fabriken in London, Liverpool und anderen englischen Städten zu bauen. U. a. sollen in England Batterien, elektrische Einrichtungen, Kunstleder und andere bisher eingeführte Erzeugnisse produziert werden. Durch solche Produktionsverlegungen wird der Schutz, mit dem die englische Industrie gerechnet hat, illusorisch gemacht.

Weltwirtschaftlich ist eine solche Entwicklung überaus schädlich. Der Produktionsapparat der industriellen Länder, der, wie die Krise zeigt, gegenwärtig viel zu groß ist, erfährt durch solche Neubauten eine neue Erweiterung. De ausländischen Firmen, die jetzt in England fabrizieren wollen, hoffen zwar, aus dieser Fabrikationseinnahme einen entsprechenden Gewinn zu ziehen, doch werden natürlich in ihren eigenen Ländern, d. h. auch bei denjenigen deutschen Firmen, die jetzt in England fabrizieren wollen, Arbeiter und Angestellte überflüssig und entlassen!

England verlängert den 100-Millionen-Schilling-Kredit für Oesterreich. Die Bank von England hat in einer weiteren Verlängerung des der Oesterreichischen Nationalbank in Höhe von 100 Millionen Schilling gewährten Kredits zugestimmt.

Der Verein Deutscher Fahrrad-Industrieller hat auf die Aufstellung neuer Richtpreise verzichtet. Er weicht damit der Preissenkungsvorschrift der letzten Notverordnung aus. Freilich dürften die bisherigen Richtpreise vielfach nicht wirksam gewesen sein.

Zur Frage der Bierpreise.

Die Auffassung des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter.

Der Vorstand des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter sendet uns seine von der unseren abweichende Stellungnahme zur Frage der Bierpreise, die wir im folgenden im wesentlichen wiedergeben.

„Ein Produkt, dessen Preis für die letzten Verbraucher um ein Mehrfaches über dem der Vorkriegszeit liegt, ist das Bier, das Nationalgetränk des Deutschen seit jeher. Es verdankt diese Preissteigerung zum erheblichsten Teil der in der letzten Zeit erfolgten Ueberbesteuerung. Die von uns im Kampf gegen die am 1. Mai 1930 letztmalig vorgenommene Erhöhung der Reichsbiersteuer um nahezu 50 Proz. — der die weitgehendsten Steuervollmachten für Einführung bzw. Erhöhung von Gemeindebiersteuern folgten — deutlich aufgezeigten Befürchtungen für das Gewerbe, für die Reichsfinanzen und für die Arbeiter wurden weit übertroffen.

Die von der vorgenommenen Erhöhung der Biersteuersätze erwarteten Mehreinnahmen sind in der Folge ausgeblieben. Das Einnahmesoll wurde schon für das der Einführung folgende Etatsjahr stark herabgeschraubt. Es werden darum aber die vor der Erhöhung aufgekommenen Steuererträge nicht entfernt erreicht werden. Während im Rechnungsjahr 1929/30 unter der Herrschaft der noch niedrigen Biersteuersätze 412 Millionen Mark erreicht wurden, brachte die Reichsbiersteuer bei fast 50prozentiger Erhöhung im Rechnungsjahr 1930/31 nur 473 Millionen Mark ein. In den ersten zwei Vierteljahren des Rechnungsjahres 1931/32 — es handelte sich um das Sommerhalbjahr — kamen 211 Millionen Mark Reichsbiersteuer ein gegen noch 236 Millionen Mark in der gleichen Zeitspanne im Jahre vorher, so daß die Steuererträge vom Jahre 1929/30 im laufenden Rechnungsjahre nicht erreicht werden. Nach den Einnahmen an Reichsbiersteuer in den Monaten September, Oktober und November 1931 blieb diese gegenüber den gleichen Monaten vom Vorjahr um 10,7, 13,8 und 15,9 Millionen Mark zurück. Ein noch größeres Fiasko wird von den Einnahmen der Gemeindebiersteuer berichtet, die im Jahre 1931 350 Millionen Mark aufbringen sollten und nur 101,5 Millionen aufbrachten.

Die Kaufkraft im Gewerbe, besonders gegenüber der Landwirtschaft, wurde infolge des Konsumrückganges geschwächt. Ueber 50 Proz. der wertvollen Braugerste und zehntausende Zentner Hopfen von der Ernte 1931 liegen noch auf dem Markt. Die Stützungsaktionen für Hopfen und Gerste haben nur geringen Erfolg. Zehntausende Arbeiter wurden der Erwerbslosenunterstützung neu zugeführt oder müssen bis zu 24 Stunden in der Woche kurz arbeiten. Der Endeffekt der Ueberhöhung der Steuer war somit: Schwächeres Fließen der Steuerquellen auf allen Gebieten, höhere Inanspruchnahme der Arbeitslosenunterstützung und hohe Bierpreise mit allen ihren Haupt- und Nebenwirkungen.

Eine Senkung der Bierpreise muß kommen. Sie kann aber unmöglich für die Verbraucher fühlbar und für Arbeiter, Gewerbe und Reichsfinanzen wirksam werden, wenn die Biersteuern im herrschenden Ausmaße bestehen bleiben. Es wird, wie schon oft, leider auch wieder bei der gegenwärtigen Diskussion über die Senkung der Bierpreise an den realen Tatsachen viel zu sehr vorbeigeredet. Man übersieht dabei völlig, daß 10prozentige Senkung der Brauereiarbeiterlöhne nur 50 bis 60 Pf. pro Hektoliter Bier entsprechen. Das würde von Berliner Verhältnissen aus gesehen, eine Preissenkung von etwa 0,2 Pf. pro Molle ausmachen. Dagegen lasten aber auf der gleichen Maßeinheit Bier jetzt allein bis 22 M. Verbrauchssteuern. Das ist ein Betrag, der bis 20 Proz. über dem Bierpreis der Vorkriegszeit liegt. Werden diese Verbrauchssteuern entsprechend gesenkt und tun Brauereien und Gastwirte zugunsten einer Bierpreissenkung das ihnen noch Mögliche, so wird bestimmt das Geschäft stark belebt, ein erheblicher Mehrumsatz wird eintreten. Die Reichskasse wird dann besser als jetzt zu ihrem Recht kommen, es werden neue Steuerquellen zu fließen beginnen und andere besser fließen, der Arbeitsmarkt wird entlastet.

Bei der öffentlichen Diskussion wird in der Regel das Wichtigste, nämlich der Grad des gegenseitigen Verflochtenseins der Gewerbezweige übersehen. So darf, um hier zu einem richtigen Werturteil zu kommen, nicht unbeachtet bleiben, daß vom Braugewerbe ein sehr großer handwerklicher Kreis lebt, daß ein wichtiger Zweig im Maschinen- und Apparatebau mit relativ viel menschlichen Arbeitskräften von ihm abhängig ist. Das Braugewerbe konnte — und zwar fast ausschließlich der heimischen Landwirtschaft — alljährlich für Hunderte von Millionen Mark Rohstoffe abnehmen und führte dieser die wertvollen Brauereiabfälle, die als beste Futtermittel anerkannt sind, wieder zu. Nicht zu übersehen ist bei der Würdigung des gegenseitigen Verstricktseins mit der Brauerei, das gastronomische Gewerbe, das mit seinen vielen Unternehmungen und hunderttausenden Arbeitnehmern ebenfalls stark unter dem durch Steuern überhöhten Bierpreis leidet. Es wird mit einer Senkung der Bierpreise hier sich das Gesamtgeschäft beleben und die Generalunkosten werden gesenkt.

Aus all den hier erwähnten Gründen muß von der Arbeitnehmerseite eine fühlbare Senkung der überhöhten Bierpreise gefordert werden. Sie kann erfolgen, wenn von den Brauereien und Gastwirten das ihnen Mögliche getan wird und vor allem auch eine entsprechende Senkung der Verbrauchssteuern eintritt. Zehntausende Arbeitnehmer finden damit wieder Arbeit.

In einer Aussprache im Reichsfinanzministerium wurde verbandsseitig eine dementsprechende Steuersenkung gefordert."

Achtung SPD.-Betriebsvertrauensleute!
Mittwoch, 20. Januar, 19½ Uhr, Soph.ensäle, Sophienstr. 17-18
Fortsetzung der
Funktionär-Konferenz
aller SPD.-Betriebs- u. Gewerkschaftsfunktionäre
Tagesordnung: 1. Wahl der 3 Vertreter für den erweiterten Bezirksvorstand. 2. „Die eiserne Front marschiert." Referent: Emil Barth.
Ohne Funktionärausweis der Partei kein Zutritt.

Direktorenabbau bei IG.-Farben.

Nachdem in den letzten Jahren die Belegschaft bei der IG.-Farbenindustrie in sehr starkem Umfange abgebaut wurde, hat sich dieses größte deutsche Unternehmen jetzt endlich entschlossen, seinen aufgeblähten Verwaltungsapparat an der Spitze abzubauen. So sind von dem Gesamtvorstand der IG.-Farben, der aus einem engeren Zentralausschuß von 7 Mitgliedern sowie 17 ordentlichen Vorstandsmitgliedern und 28 stellvertretenden Vorstandsmitgliedern besteht, 8 Direktoren ausgeschieden. Es sind dies von den ordentlichen Vorstandsmitgliedern die Direktoren Karl Hagemann, Prof. Albrecht Schmidt und A. Seebohm. Nachdem bereits Prof. Warmbold bei Uebernahme des Reichswirtschaftsministeriums aus dem Vorstand ausgeschieden und ein weiteres Mitglied verstorben ist, verringert sich der Hauptvorstand auf 19 Direktoren und die Zahl der stellvertretenden Vorstandsmitglieder auf 23 Direktoren. Die Frage liegt nahe, ob die Entlassung der 8 Direktoren nach Ablauf ihres Vertrages ausgesprochen wurde oder ob die IG.-Farbenindustrie die Verkleinerung ihres Direktionsstabes nur durch hohe Abfindungssummen hat erkaufen können.

Exportsteigerung verbessert Beschäftigungsgrad bei Opel. Wie in einer Aufsichtsratssitzung der Opel-Werke mitgeteilt wurde, ist es der Gesellschaft gelungen, ihre 6000 Mann starke Belegschaft den Winter über durchzuhalten. Seit Anfang Januar sei infolge erhöhter Exportaufträge die wöchentliche Arbeitszeit wieder auf fünf Tage verlängert.

Qualität entscheidet!
SPARE DURCH: STANDARD
... die Marke, zu der die ganze Welt Vertrauen hat.
BENZIN
MOTOR OIL
DEUTSCH-AMERIKANISCHE PETROLEUM-GESELLSCHAFT

Theater, Lichtspiele usw.

Staats Theater
Sonnabend, den 16. Januar
Staatsoper Unter den Linden
20 Uhr
Der Troubadour
Staatl. Schauspielhaus Gendarmenmarkt — 20 Uhr — **Charleys Tante**
Schiller-Theater Charlottenburg — 20 Uhr — **Die göttliche Jette**

Winter Garten
8.15 Uhr Flora 3434 Rauchen erlaubt
20 Zigeunerinnen spielen. „Zemganno's" fliegende leuchtende Menschen am Lufttrapez im dunklen Raum und weitere Varieté-Neuheiten
Sonnabend und Sonntag je 2 Vorstellungen 4 Uhr u. 8.15 Uhr. 4 Uhr kleine Pr.

Städt. Oper Charlottenburg Bismarckstraße 34
Sonnabend, 16. Jan. Turnus I
Anfang 19.30 Uhr
Carmen
Ende gegen 23 Uhr.

Theater im Admiralspalast
Täglich 8¼ Uhr
Gitta Alpar in **Die Dubarry**
Preise v. 0,50 M an

Rose-Theater
Große Frankfurter Straße 132
Tel. Weichsel E 7 3427
6 und 9 Uhr
Eine Frau von Format

Metropol-Theater
Täglich 8¼ Uhr
Ein Lied der Liebe
Rich. Tauber
Anni Ahlers
Vorverkauf ununterbrochen

Lessing-Theater
Täglich 8¼ Uhr
Morgen geht's uns gut!
Grete Mosheim, Max Hansen
Orchest. Dajos Bela

Erfinder — Vorwärtsstrebende
10 000 Mk. Belohnung
Näheres kostenlos durch
F. Erdmann & Co., Berlin SW 11.

Conrad Müller

Stellenangebote finden im Vorwärts beste Beachtung!

GR. SCHAUSPIELHAUS
Täglich 8 Uhr
Hoffmanns Erzählungen
REINHARDT INSZENIERUNG
Sonntag nachmittag 3 Uhr billige Preise der Plätze

Volksbühne Theater am Bülowplatz
8 Uhr
Die **Großherzogin von Gerolstein**

Deutsches Theater
8¼
Der Raub der Sabinerinnen
Regie: Hans Deppe, Albert Bassermann, Felix Bressart, L. Höflich, Richard

Die Komödie
8¼ Uhr
Heute zum 25. Male
Die Nemo-Bank
von Louis Verneuil
mit
Max Pallenberg

Kurfürstendamm-Theater
J 1 448 — 8¼ Uhr
Mahagonny
von Brecht u. Weill
Hesterberg, Weira, Lenja, Hoerrmann

Theater am Nollendorfplatz
Regie: Heinz Saltenburg
Pallas 7051
Täglich 8¼ Uhr
Stgs. auch 4¼ Uhr
Gasparone

SCALA
DAS NEUE MATRAY-BALLETT
u. weitere Attraktionen
Tägl. 8½ Uhr: 80 Pf. bis 4.- M
Tägl. 5 Uhr: 40 Pf. bis 2.- M

Theater des Westens
Täglich 8¼ Uhr
Carl Jöken in Der **Vogelhändler**
Marg. Slezak
Lotte Carola
Preise von 50 Pf. an

HAUS VATERLAND
Das Vergnügungs-Restaurant Berlins
BETRIEB KEMPINSKI

PLAZA
Täglich 5 und 8½ Uhr
Sonntags 2, 5 und 8½ Uhr
Heute Première!
„Die Toni aus Wien"
Operette in 3 Akten mit Mimi Gyenes u. Igo Guttmann

EISEN-Stahl- u. Holz-**Betten** Schlafzim., Stahlmatr., Kinderb., Polster, Chaisel., an jeden, Teilz. Katalog frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Der **gute Kapitän-Kautabak** ist in den meisten Zigarrengesch. erhältl.
C. Röcker, Berlin
Lichtenberger Straße 22, Königs. 3881

8¼ Uhr **CASINO-THEATER** 8¼ Uhr
Lothringer Straße 37.
Nur noch wenige Aufführungen
Was man aus Liebe tut
Dazu die Gesangs- und Tanz-Operette
Das Scheidungs-Souper
und der bunte Varieté-Teil.
Gutschein 1—4 Personen: Parkett 50 Pf. Fauteuil 1.— Mark, Sessel 1.50 Mark.

NEUE WELT
Arnold Scholz · U-Bahn Hermannpl. · Hasenheide 108-14
Großes Bockbierfest
und **Großer Alpenball**
3 Kapellen • Neue Dekorationen • Bayrische Bedienung
Beginn 7 Uhr.

BANK UND SPARKASSE ALLER
ARBEITNEHMER
IST DIE
BANK DER ARBEITER, ANGESTELLTEN UND BEAMTEN, AG BERLIN
Zentrale: S 14. Wallstraße 65
Depositenkasse: SW 68, Lindenstraße 3
Kapital und Reserven: 15,3 Mill. RM.
Einlagenbestand Ende 1930: 168 Mill. RM.

Am 14. Januar früh verstarb nach langem schwerem Leiden unser einziger Sohn, der Buchdrucker

Otto Potratz

im 35. Lebensjahr.

Im Namen der Hinterbliebenen
Wilhelm Potratz und Frau und Verwandte
Berlin SO, Cuvrystraße 17

Einäscherung findet Montag, den 18. Januar, ½11 Uhr, im Krematorium Baumschulenweg, Kiefholzstraße, statt.

Am Mittwoch, dem 13. Januar verschied nach langem, schwerem Leiden mein innigst geliebter Mann und herzensguter Papa

Paul Reichert

3 Tage vor seinem Geburtstag.

In tiefem Schmerz
Martha Reichert, geb. Ackermann nebst lieben Kindern.

Einäscherung erfolgt am Montag, dem 18. Januar, 13½ Uhr im Krematorium Baumschulenweg, Kiefholzstr.

Verkäufe

Oefen, eiserne, jeder Art. Teilzahlung, transportable Kachelöfen, Badewannen, Kesselöfen, Kochherde. Reparaturen. Die alte Firma Gemmler u. Blenzerl Dresdenerstraße 98.

Tapeten Zellat, Kolonistraße 9.

Kleidungsstücke, Wäsche usw.

Juventus-Ausverkauf halbe Preise. Wenig getragene Kavaliergarderobe von Millionären, Aerzten, Anwälten. Fabelhaft billige Preise. Empfehle Taillenmäntel, Paletots, Fracks, Smokings, Gehrockanzüge, Hosen, Sportschnelzer. Gelegenheitskäufe in neuer Garderobe. Weiter Weg lohnend. Lothringerstraße 56, 1 Treppe, Rosenthaler Platz.

Möbel

Verliehengewesene Möbel. Komerling, Kastanienallee 56, Ecke Fehrbellinerstraße.

Patentmatratzen „Primissima" Metallbetten, Auflegematratzen, Chaiselongues. Walter, Stargarderstraße, schräg. Reinigung.

Möbel im Hofgebäude. Küchen, Schlafzimmer, Speisezimmer, Einzelmöbel enorm billig. Geringe Spesen. Teilzahlung gestattet. Max Berg u. Co., Kommandantenstraße 44a, Ecke Oranienstraße, Gotzkowskystraße 28a, Ecke Alt-Moabit.

Musikinstrumente

Flügelpianos, Mietpianos überaus preiswert. Pianofabrik Link, Brunnenstraße 35.

Hoffmann-Pianos Kaufgesuch, Nußbaum, schwarz, Eiche, auch Gelegenheiten. Leipzigerstraße 37 (Spittelmarkt).

Kaufgesuche

Zahngebisse, Platinabfälle, Quecksilber, Zinnmetalle, Silberschmelze Goldschmelzerei, Christionat, Köpenickerstraße 29, Waisenstraße, Adalbertstraße.